

Der Wert-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts-
Vereinigt Alles!**

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementpreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61II
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnement- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61II, zu richten.

Inhalt:

Avis der Redaktion. — Weihnachtsbetrachtung. — Das schwarze Jahr 1908. — Unsere Toten. — Modernisierte Lehrlingszucht. — Wie können wir brauchbare Lohnstatistiken führen? — Günstige Gelegenheit zu einer besseren Lebensregiment. — Die deutsche Unfallversicherung nach den Berichten der Arbeitersekretariate im Jahre 1907 (II). — Weihnachtsabend im Waisenhaus. — Soziales. — Gerichtliches. — Aus Handel und Industrie. — Missstände im Textilgewerbe. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Monatsrevue für das Textilgewerbe.

Avis!

Wir werden wieder, wie im Vorjahre, ein Inhaltsverzeichnis für den ganzen Jahrgang herausgeben und bitten die Ortsverwaltungen, die auf dasselbe reflektieren, uns anzugeben, wie vieler Exemplare sie benötigen.
Die Redaktion.

Weihnachtsbetrachtung.

Wieder ertönt es laut und vernehmlich durch die christlichen Länder: „Friede auf Erden!“ Und der feierliche Klang heiliger Kirchenglocken tönt weit hin. Er gleitet über die Dächer der Großstadt bis zum entlegensten Gebirgsdorf, das einsam verschneit und weltvergessen im Felsenfels am hohen Bergesrand schlummert, und überall ruft er die Gläubigen zur Einheit in die Gebetshäuser, von deren Kanzeln herab die Vertreter der christlichen Kirchen aller Bekenntnisse den gläubigen Hörern das ewigwährende Märchen des Lukasewangeliums erzählen, von der wunderbaren Geburt des Welterslöfers im Stall zu Bethlehäm, von den armen Hirten auf dem Felde, denen die Engel verheißungsvoll verkündeten: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden unter allen Gott wohlgefälligen Menschen...“

So schön dieses poesievolle Märchen auch heute noch klingt: Längst hat es sich in der Tat als wirkliches Märchen, als eine schöne Legende herausgestellt. Bibel und Geschichtsforschung haben längst festgestellt, daß diese Legende erst gegen Ende des ersten Jahrhunderts unserer Zeitrechnung entstanden ist und vor allem einen Sehnüchterschrei der gemarterten Menschheit der damaligen Zeit darstellt, einen Schrei nach Erlösung aus den grauenhaften Zuständen des verfallenden Römertums, einen Schrei des Hasses gegen Cäsarenwahn und Cäsarenkultus.

So ist das Weihnachtsmärchen des Lukasewangeliums keine bloße und nichtsagende Erfindung seines unbekannteren Verfassers. Es ist aus den Stimmungen seiner Zeit hervorgegangen. Es war der Kampf des aufstrebenden Christentums gegen die cäsaristische römische Staatsgewalt. Es war die Sehnsucht, einen mutvollen Erretter aus den trostlosen Zuständen zu sehen. Man sehnte sich nach einem neuen Reiche der Freiheit, der sozialen Gleichheit, des Völkerefriedens.

Wohl war diese damals aufkeimende Volksbewegung zu verurteilen. Das damalige weltbeherrschende Rom war korruptiert. Des Volkes bester Kern, die freie Bauernschaft, war ins Lumpenproletariat hinabgesunken. Der Gegensatz von arm und reich verschärfte sich mehr und mehr. Massenarmut, Massenelend griffen um sich. Zugleich auch die Sittenlosigkeit und Grausamkeit der herrschenden Klassen. Und vor allem richtete sich deren Wut gegen die christlichen Sekten, die unter den entmenschten und grausamen Cäsaren Nero, Domitian und Trajan in furchtbaren und entsetzlicher Weise verfolgt wurden.

Kein Wunder, daß in dieser furchtbaren Not den Enterbten der damaligen Zeit als freudiger Hoffnungstrahl besserer Zukunft der Welterslösergedanke kam, die Sehnsucht nach einer Erlösung aus den furchtbaren Fängen des cäsaristischen Rom, einer Erlösung aus Not und unsäglichem Elend. Und dieses Sehnen ist verkörpert in der Legende des Lukasewangeliums. Dem unbekannteren Verfasser dieser Schrift ist aber Christus nicht nur der den Juden in gleichfalls legendärer Weise verheißene Messias, er ist der Welterslöser, der allen Menschen den Frieden und die Erlösung bringt...

Heute macht die christliche Kirche ihren Gläubigen plausibel, daß das Christentum seinerzeit nur eine Erlösung der Seelen verheißt habe. Und doch ist dies nackte Fälschung. Der Erlösungsgedanke der damaligen Zeit hatte vor allem unter den Heidenchristen einen völlig materiellen Inhalt. Alle aus jener Zeit überkommenen Schriften predigen die soziale Gleichheit, bekämpfen das Privateigentum. Dies beweisen die römischen Schriftsteller der damaligen Zeit, dies beweist die Apostelgeschichte, dies beweisen die Briefe des Paulus an die damaligen christlichen Gemeinschaften.

Und diese Idee des Kommunismus, der Abschaffung des Privateigentums beherrschte auch die ersten Kirchenbäter. Selbst noch im fünften Jahrhundert unserer Zeitrechnung bekämpfte der heilige Augustin das individuelle Eigentum und nannte es die Ursache aller Prozesse, aller Feindschaft und Zwietracht, von Krieg und Mord.

Die christliche Lehre avancierte jedoch zur römischen Staatsreligion. Damit streifte sie denn auch bald das „Staatsgefährliche“ ab. Eine mächtige Priesterkaste entstand zum Schutze der Reichen und Mächtigen und des Privateigentums. Die kommunistischen Tendenzen verschwanden, und wer sich dennoch erkühnte, ihnen das Wort zu reden, der wurde als Staatsverräter geächtet und gebrandmarkt. Und schon im 15. Jahrhundert lehrte ein Benediktinermönch, der „heilige“ Thomas von Aquino, daß das Privateigentum im Naturrecht begründet sei, daß der Gemeinbesitz nur Anordnung und Zwietracht bringe.

Diese Tendenzen hob die christliche Kirche immer mehr auf ihren Schild. Sie gab sich immer unerbittlicher als Schutzpatron der Herrschenden und Mächtigen. Sie bot dem Proletariat Steine statt Brot. Und die „heilige“ Allianz zwischen Besitz und Geistlichkeit zur Niederhaltung der Enterbten in Demut und Bescheidenheit ist heute bereits so weit gediehen, daß der oberste Priester der katholischen Christenheit, Papst Pius X., erst vor kurzem einer Abordnung von Arbeitern verkündete, daß der Arbeiter stets mit seinem Lohn zufrieden sein müsse, ansonsten er niemals den Frieden und die Ruhe des Gewissens finden könne...

Heute predigen die Nachfolger Christi die göttliche Berechtigung der sozialen Ungleichheit. Es sei der Wille Gottes, daß es Arme und Reiche, Herren und Knechte gäbe. Und in treuer Bundesbrüderschaft stehen Staat und Kirche zusammen, die bestehende Ungerechtigkeit zu erhalten.

Trotzdem aber ertönt auch heute wie alljährlich zur Weihnachtszeit von allen christlichen Kanzeln das „Friede auf Erden“. Und Millionen Menschen stehen sich gegenüber, bewaffnet bis an die Zähne, und die priesterlichen Verkünder des Friedens sind jederzeit bereit, die Fahnen, die zum Massenmord voranzutreiben sollen, mit dem „Segen Gottes“ zu versehen.

Eine neue Bewegung des Proletariats ist in riesigem Wachstum begriffen. Es ist der Sozialismus, um dessen Banner sich heute die Enterbten und Entrechteten in dichten Massen scharen. Ihm ist das Vermächtnis des Urchristentums zugefallen. Und er predigt gleich jener alten, heroischen Gefolgshaft des Nazareners Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit. Und er spinnt jene alten kommunistischen Auffassungen vom Lebensgenuß weiter, er verlangt auch die Gemeinamkeit der Arbeit, die er in den Dienst der Allgemeinheit stellen will, aufgebaut auf gleiche Pflichten und gleiche Rechte.

Und wieder haben sich auch die Feinde des Fortschritts und der sozialen Ungerechtigkeit zusammengefunden, und wieder kämpfen sie gegen die neue Botschaft. Auf ihrer Seite befinden sich auch, gleichwie in jener alten Zeit, die Machtmittel des Staates, die sie kühnlos gegen die aufstrebende neue Bewegung anwenden. So man entblödet sich nicht, sogar gekaufte Wissenschaft gegen die neue Heilsbotschaft mobil zu machen.

Alle Bemühungen der Gegner des Sozialismus werden aber vergeblich sein. Seine Lehre ist begründet auf die ehernen wirtschaftlichen Verhältnisse. Er offenbart den menschlichen Fortschritt, der mit der Zeit unumwiderlichlich wirken muß. Und die Zahl seiner Anhänger wächst, die Enterbten haben sich zu zählen begonnen. Und er wird verwirklichen, was einst das Urchristentum vergeblich angestrebt.

Dann aber ist auch endlich die große Weltlüge beseitigt. Aus schwerem Schummer hat der gute Genius der Menschheit die Erdenbewohner erweckt. Friede ist, wirklicher Völkerefriede. Wahre Freiheit und Gleichheit herrschen. Das große Sehnen der Menschheit ist erfüllt. Und freudig und wahrheitsstrunken wird der Ruf erschallen, der seit Jahrtausenden wie ein Hohn geklungen, aber nunmehr frohe, unabänderliche Gewißheit ist, der Ruf wahrer Menschlichkeit:

„Friede auf Erden!“

Das schwarze Jahr 1908.

Das Jahr 1908 war für die Arbeiterschaft im allgemeinen und für die deutsche Textilarbeiterschaft im besonderen ein schwarzes Jahr. Mit nie gekanntem Nachdruck setzte, insbesondere in der Bekleidungsindustrie, zu Beginn des Jahres die Krise ein. In weiten Gebieten, namentlich in Schlesien und der Oberlausitz, später aber auch in der Strumpfwirerei, der Posamentenindustrie und der Stickerbranche, wütete die Krise zeitweise ganz enorm. Das gleiche war der Fall in den Leinenwebereien und in den Webereien der Samt- und Seidenindustrie. Räumten so, wie es die Berliner Teppichweber in einer Reihe von Betrieben getan haben, durch genaue statistische Erhebungen die Lohnausfälle zahlenmäßig festgehalten werden, die dem Arbeiter durch die Krise entstanden sind, so würden ganz enorme Summen in Betracht kommen, welche die Arbeiter durch die Krise am Lohne eingebüßt haben und um welche sie ihre Lebenshaltung einschränken mußten. Man bedenke, was das besagt; ein Lohnverlust in einer Zeit der teuren Lebensverhältnisse. Es war, wie gesagt, für die Arbeiterschaft ein schwarzes Jahr; ein Jahr, an das man lange Zeit mit Grausen zurückdenken wird. Leider kann man nur noch gar nicht sagen, ob mit dem Schwinden dieses Jahres auch die Krise schwinden wird. Bis jetzt läßt sich nur für die Wollindustrie mit einiger Bestimmtheit annehmen, daß dies der Fall sein wird. Für die anderen Branchen läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Hoffen wir jedoch das Beste.

In wirtschaftlichen Kämpfen war zwar das verflozene Jahr nicht so reich wie die vorhergehenden zwei Jahre, aber immerhin hat die Organisation fast ständig mit dem Unternehmertum im Kampfe gelegen, und zeitweise in sehr erbittertem Kampfe. Als das Jahr 1908 anbrach, da fand es schon einen Teil der ergebnislosen Strumpfwirerei im Kampfe mit dem Unternehmertum, um angebotene Lohnreduzierungen abzumehren. Und je weiter das Jahr vorrückte, um so umfangreicher wurde der Kampf. Das Unternehmertum wollte Raube nehmen dafür, daß sich das Proletariat der Strumpfwirerei organisiert hatte und in der Zeit der guten Konjunktur darangehen war, seine Lebenshaltung etwas zu verbessern. Schon lange hatte man mit der Aussperrung der Arbeiter gedroht, aber so mancher Unternehmer schreckte davor zurück, da zu hohen Preisen getätigte Garnabschlüsse in Verbindung mit einem Stilllegen des Betriebes den Ruin des Unternehmers herbeizuführen drohten. Aber nach langen Monaten des Feilschens waren sich doch eine Anzahl Unternehmer in und um Thaleheim einig geworden, zur Aussperrung der Arbeiter zu schreiten. Und die Organisation war gerade in Leipzig auf ihrer Generalversammlung mit ihrer Waffenrevision zu Ende,

als die Nachricht von der bevorstehenden Aussperrung bekanntgegeben wurde. Lautlos, aber voll tiefer Ergrißtheit sich ihrer Wehrmacht bewußt, nahm die Generalversammlung die Nachricht hin, aber in einem Sturm der Begeisterung ausbrechend, als Kollege Reichelt mit erhobener Stimme in den Saal rief: „Nun gut, die Herren wollen es, nehmen wir den uns hingeworfenen Handschuh, heben wir ihn auf und zeigen wir, daß, solange wir kämpfen können, wir alles daransetzen, um den Scharfmachern eine Lehre zu erteilen, an die sie lange denken werden.“ Und eine solche Lehre haben wir den organisierten Unternehmern erteilt. Es hat sie ungeheure Opfer gekostet, und es gelang ihnen nicht, die Arbeiter im offenen Kampfe zu besiegen. Man mußte sich mit ihnen vergleichen, und wenn man ihnen hinterher eine Lohnreduktion aufotrohierte, so nur dank dem Umstande, daß das Unternehmertum den sehr schlechten Geschäftsgang zum Bundesgenossen hatte. Die große Arbeitslosigkeit, die noch viele hunderte Hände zum Feiern verurteilte, tnebelte die Arbeiter und hinderte sie an der Abwehr dieser Lohnverschlechterung. Aber die Unternehmer dort haben sich von einem Unglücksstern leiten lassen, als sie beschloßen, die Lohnreduktion, die nach allem, was uns bekanntgeworden ist, nicht notwendig und noch weniger gerechtfertigt war, vorzunehmen. Zähnknirschend haben sie die Arbeiter hingenommen, aber sie werden nicht vergessen, was man ihnen zugefügt hat.

Das Jahr 1908 war für die deutschen Textilarbeiter ein reiches Kongressjahr. Zahlreiche Gaukonferenzen leiteten die Beratung der Fragen ein, die dann auf der Generalversammlung des Verbandes ihre Erledigung fanden. Und das muß gesagt werden, das Verbandsparlament in Leipzig bildet einen Markstein in der Geschichte unseres Verbandes. Es stellte den Verband auf eine sichere finanzielle Grundlage und gab ihm die Arbeitslosenunterstützung, die schon jetzt ihre erfreulichen Dienste leistet. Kurz nach Leipzig kam der Internationale Textilarbeiterkongress in Wien und etwas später der heiliche Kongress, die besonders dem Ausbau der Organisationen dienten. In den letzten Wochen des Jahres fand dann noch eine Konferenz der Stricker Deutschlands statt, auf der wichtige Beschlüsse bezüglich der späteren Agitation und Organisation der Strickerbranche gefaßt wurden.

Auch in politischer Beziehung war das Jahr 1908 ein schwarzes Jahr. Mehrmals mußte die herrschenden Klassen zu warnen, den Vogen nicht zu überspannen. Die Kriegshexer betrieben in der Mitte des Jahres ihr frivoles Handwerk derart frupplos, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft unzweideutig zum Ausdruck bringen mußte, daß denn doch die Zeit heute vorbei sei, wo eine kleine herrschende Clique zwei Kulturvölker zum Massenmorden gegeneinanderhetzen könne. Je schärfer der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zur Durchführung kommt, um so größer wird der Reiz der kapitalistischen Beutejäger in den einzelnen kapitalistischen Ländern und um so größer die Gefahr, daß dieser Konkurrenzneid zu kriegerischen Verwickelungen führt, in der Absicht, den verhassten Konkurrenten des Nachbarlandes aus dem Absatzgebiet zu verdrängen. Natürlich soll es die Arbeiterbevölkerung sein, welche dabei Gut und Blut zu Markte tragen soll, während die Kapitalisten als Geldbecher und Kriegsmateriallieferanten Bombengehälte dabei machen. Die Arbeiterschaft hat aber gar keine Ursache, ihr Gut und Blut zu opfern, nur damit die kapitalistische Produktion mit ihrer Ausbeutung der Arbeitskraft aufrechterhalten wird. Die Menschheit kann auch existieren, und zwar außerordentlich besser existieren, wenn die kapitalistische Produktion mit ihrer Wucher-, Raub- und Ausbeutungswirtschaft nicht mehr besteht. Wenn die Produktion so geregelt wird, daß die Millionen und Milliarden, welche die Kapitalisten als Profit einstecken, dem ganzen Volke zugute kommen — und das will der Sozialismus —, dann wird das Volk nicht mehr solche Not leiden wie jetzt, wo die Arbeitslosigkeit und die Wucherpolitik das Szepter schwingen. Die Arbeiterschaft, die schon vom menschlichen Standpunkte aus den Krieg als ein Verbrechen bezeichnen muß, hat also auch vom wirtschaftlichen Standpunkte aus kein Interesse am Kriege. Geraten sich die Kapitalisten der verschiedenen Länder gegenseitig der verschiedenen Absatzgebiete wegen in die Haare, dann mögen sie den Kampf nur hübsch allein miteinander ausfechten, und wenn sie einander dabei umbringen, wird ihnen das arbeitende Volk keine Träne nachweinen.

Aber auch in vielerlei anderer Hinsicht gingen die Wogen des politischen Lebens sehr hoch. Nachdem die Arbeiterschaft Berlins am 9. Januar d. J. das erste mal auf der Straße erschien und den Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht erhob, und am anderen Tage Tausende von Entrechteten vor dem preussischen Abgeordnetenhause standen und dem Fürsten v. Bülow dasselbe Verlangen entgegenriefen, kam es am 12. Januar zu riesigen Kundgebungen, in denen das Verlangen nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts zum preussischen Landtage gefordert wurde. Aber in Preußen soll man auf den Straßen nur „Surra“ schreien, nicht aber dem Verlangen nach Vereinfachung politischer Rechtlosigkeit Ausdruck geben. Daher glaubte die Berliner Polizei die Berechtigung zu haben, den friedlich ihres Weges ziehenden Arbeitermassen Hindernisse in Form von Polizeifunkeln entgegenstellen zu können. Dieser Hindernisse wegen kam es an verschiedenen Stellen zu Angriffen der Polizei auf die demonstrierende Arbeiterschaft, und an mehr wie einer Stelle rötete das durch Säbelhiebe zum Fliehen gebrachte Arbeiterblut das Straßenpflaster. Neun Tage später, am 21. Januar d. J., wiederholten sich diese Vorgänge in den Straßen Berlins. Diesmal waren die davon Betroffenen keine um ihre politischen Rechte demonstrierenden Arbeiter, sondern Arbeitslose,

die, aus den Versammlungen kommend, auseinandergetrieben und bis in die Häuser verfolgt wurden. Das Verwaltungsgebäude des Metallarbeiterverbandes hatte eine richtige Sturm der Polizei bei der Verfolgung wehrloser Arbeiter auszuhalten. So wird dem deutschen Arbeiter die Liebe zu seinem Vaterlande beigebracht.

Diese Art der Erziehung zur Vaterlandsliebe ist ja nicht gerade eine spezifisch preussische Methode, sondern wurde neben in Portugal in ausgedehnter Weise angewandt. Dort führte sie aber am 2. Februar d. J. zu einem recht blutigen Akt der Volksherrschaft, der vollzogen wurde an dem, der in Portugal jene oben erwähnte Erziehungsmethode zur Vaterlandsliebe angeordnet haben sollte. König Carlos wurde erschossen, und auch sein ältester Sohn verfiel demselben Schicksal. Sabelhiebe auf hungernde Arbeiter und politische Mundtotmachung des arbeitenden Volkes scheinen daher auch vom monarchischen Standpunkt aus betrachtet, recht ungeeignete Erziehungsmittel zur Vaterlandsliebe zu sein. Von unserem Standpunkt aus sind sie natürlich erst recht Mittel, gegen die wir den entschiedensten Protest einlegen müssen. Und ein wirksamer Protest war es wohl, daß das preussische Proletariat bei den preussischen Landtagswahlen Wertsche in die Junkerseite legte, indem es 7 Vertreter der Sozialdemokratie zum ersten Male in das Dreiklassenparlament entsandte.

Aber unsere glorieichen Modopolitiker hatten die Lehren jenes blutigen Dramas in Lissabon sehr schnell wieder vergessen. Das aus ein paar Duzend Staaten zusammengesetzte Deutsche Reich sollte nach 33-jährigem Bestehen endlich ein einheitliches Reichsbereichs- und Versammlungsrecht bekommen. Aber bald zeigte es sich, daß das Ganze eine Vorpiegelung falscher Tatsachen war. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist heute in Deutschland noch ebenso zerrissen und verschiedenartig wie früher. Dafür hat es aber der deutschen Arbeiterklasse einige empfindliche Verschlechterungen gebracht. Den Arbeitern unter 18 Jahren verbietet es die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen und den fremdsprachigen Arbeitern den Gebrauch ihrer Muttersprache. Durch beide Verbote wird die Gewerkschaftsbewegung erheblich geschädigt, da man die Gewerkschaften an vielen Orten polizeilicherseits als politische Organisationen bezeichnet. Diese Schädigung haben die Arbeiter den Freimaurern zu verdanken, die am 8. April 1908 die Volksrechte gegen Bürgerrechte eintauschten.

Das „persönliche Regiment“, worunter wir in Deutschland den verkappten Absolutismus (d. h. die unbeschränkte Herrschaft einzelner) verstehen, verursachte im letzten Viertel dieses Jahres im ganzen deutschen Volke einen derartigen Sturm des Unwillens, daß optimistisch veranlagte Gemüter der Meinung waren, dieser Entrüstungsturm werde das verkappte absolutistische Regierungssystem mit seinem Klientelwesen in den Orkus fegen und das längst mündig gewordene deutsche Volk die Wahrnehmung seiner Geschichte selbst in die Hände nehmen lassen. Aber wer so dachte, der rechnete nicht mit der prinzipiellen Wackelhaftigkeit der bürgerlichen Modopolitiker. Sie sind mit dem verdeckten Absolutismus schon einverstanden, nur darf er sich bloß gegen die Arbeiterklasse wenden, nicht aber ihre Interessenphäre kreuzen. „Unser König absolut, wenn er uns den Willen tut“, das ist ihr Lösungswort, und sie brauchen nur auf, wenn durch das persönliche Regiment die kapitalistischen Interessen geschädigt werden. Die letzten Debatten im Reichstage, wo es sich um die Änderung der Verfassung handelte, haben gezeigt, daß die in den bürgerlichen Parteien versammelten Beutepolitiker im Ernst gar nicht daran denken, dem System der politischen Klientelwirtschaft, welches Deutschland zum Gespött der ganzen Welt macht, ein Ende zu machen. Der durch das Klassenbewußtsein des Proletariats organisierte Kampf der beherrschten Klasse gegen die herrschende Klasse muß daher mit immer nachdrücklicher werdendem Eifer geführt werden, um das deutsche Volk politisch und wirtschaftlich frei zu machen, um es frei zu machen von jenem Massenverbrechertum, dem jährlich viele Tausende von Arbeiterleben zum Opfer fallen, und der erst in den letzten Wochen dieses schwarzen Jahres mit seiner Schreckensstat, dem Massenmord von Kabbob, die ganze Welt mit Entsetzen erfüllte.

Wenn wir demnach zurückdenken an die Vorkommnisse dieses verflorenen Jahres, so erblicken wir wenig Erfreuliches, dafür aber um so mehr von dem, was uns schmerzt und unheilvoll in der Zukunft hängt. Noch ist der wirtschaftliche und politische Horizont in dicke Wolken gehüllt, die bestrebt sind, die Strahlen der Sonne nicht durchdringen zu lassen. Doch dürfen wir deshalb nicht verzagt sein. Die Macht der Organisation, immer mehr erweitert, wird uns die Möglichkeit geben, unsere Widerstandskraft so zu erhöhen, daß wir auch diese düstere Periode überstehen und uns wieder einer besseren Zeit erfreuen können. In diesem Sinne wünschen wir allen Kollegen und Kolleginnen ein recht glückliches neues Jahr.

Unsere Toten.

Es ist ein gar schmerzliches Kapitel, was wir hier schreiben. Gar groß ist die Zahl jener Kollegen und Kolleginnen, die am Beginn des Jahres die Segel geschmetzelt voller Hoffnungen mit uns hinausjagten, der Zukunft des neuen Jahres entgegen, die aber heute die Segel für immer gestrichen haben und nicht mehr unter den Lebenden weilen. 417 Kollegen und 163 Kolleginnen, insgesamt also 580 Mitglieder hat die Organisation im Jahre 1908 durch den Tod verloren. Und wenn wir nun eine Heerschau halten über unsere gestorbenen Mitstreiter, wenn wir sie noch einmal einzeln an uns vorüber ziehen lassen, da empfinden wir es mit, welche schmerzliche Lücke entstand, wenn der Schnitter Tod ihnen die Waffen entwandt, um sie von dem ferneren Kampfe ums Dasein zu befreien.

Und auch die Toten haben ihre Sprache, sie erzählen uns in ihren Todesurteilen, wie schwer dieser Kampf ums Dasein war. Sehen wir uns die Todesurteile an, so finden wir, daß nicht weniger denn 19 Mitglieder gleich 3,29 Proz. freiwillig auf den weiteren Kampf ums Dasein verzichtet haben. Das ist ein sehr deutliches Zeichen dafür, wie groß die Not und Sorge im verflorenen Jahre in den Reihen der Textilarbeiter gewesen ist; denn weil es ihnen zu gut ging, deshalb sind die 19 jedenfalls nicht freiwillig aus dem Leben geschieden. 17 Kolleginnen, gleich 2,93 Proz. der Gestorbenen, bühten ihr meist junges Leben ein infolge ihres ihnen von der Natur auferlegten Berufes, Mutter zu sein. Riemlich groß ist die Zahl derjenigen, deren Leben infolge Schlagflusses endete; es sind nicht weniger wie 55, gleich 9,48 Proz. der Gestorbenen. Diese Ziffer wird aber weit zurückgelassen, von derjenigen Ziffer, die uns angeigt, wieviel Mitglieder infolge Lungenerkrankung — die Todesfälle infolge Lungenerkrankung sind davon ausgenommen — gestorben sind. An Lungenerkrankung (Schwindsucht, Lungentuberkulose) sind gestorben 147, gleich 25,34 Proz., also der vierte Teil der Gestorbenen. Das besagt also, daß jeder vierte Textilarbeiter ein Opfer der Proletariatskrankheit wird. Diese Zahl ist eher zu niedrig, denn zu hoch gegriffen, da bei 85 Todesfällen keine Todesursache angegeben worden ist, unter diesen Todesfällen aber sicher auch noch solche enthalten sind, die auf Lungenerkrankung zurückzuführen sind. Wenn uns nun hier unsere Toten sagen, daß immer der vierte Textilarbeiter an der Lungenerkrankung zugrunde ging, so ist das eine ungeheure Anklage gegen die miserablen sozialen Zustände in unserer angeblich göttlichen Weltordnung. Aber es ist auch eine ernste Mahnung der Toten an die Lebenden, nicht zu erlahmen in dem Kampfe gegen die Zustände, unter denen die Arbeiterklasse ihr Leben vertrauern muß.

Nachfolgend geben wir die hauptsächlichsten Todesursachen bekannt. Es starben an:

Lungenerkrankung	147 = 25,34 Proz.
Schlagfluß	55 = 9,48 "
Magenkrankheit	24 = 4,01 "
Lungentzündung	21 = 3,62 "
Herzkrankheit	20 = 3,44 "
Selbstmord	19 = 3,29 "
Unfall	19 = 3,29 "
Entbindungsfolgen	17 = 2,93 "
Verchiedene andere Krankheiten	258 = 44,60 "
Zusammen	580 = 100 Proz.

Den meisten der hier Verzeichneten haben die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen sie zu leben gezwungen waren, viele Jahrzehnte des Lebens geraubt. Denn: sehen wir uns das Lebensalter der Dahingegangenen an, so finden wir, daß sehr viele von ihnen nicht einmal die Hälfte jener Zeit überschritten haben, die in den Worten: „Euer Leben währet 70 Jahre usw.“ als Grenze des Lebens gezogen ist, die aber heute fast ausschließlich nur noch von denen erreicht wird, die von der Arbeit anderer Hände leben. Ueberlange Arbeitszeit, schlechte Wohnungen, ungenügende Ernährung, das sind die eigentlichen Ursachen, an denen die meisten unserer Kollegen frühzeitig zugrunde gehen. Sorgen wir, indem wir unseren gestorbenen Mitkämpfern allezeit ein ehrendes Andenken bewahren, dafür, daß bald auch für die Masse der Textilarbeiter bessere Lebensbedingungen Platz greifen.

Modernisierte Lehrlingszuchterei.

In Nr. 49 dieses Blattes wurden die Verhältnisse der Berliner Stickerarbeiten und die Praktiken des Unternehmertums dieser Branche einer gerechten Kritik unterzogen.

Anlaß zu der Frage „Was geht vor?“ gaben die Auslassungen des Verbandes selbständiger Sticker in Berlin in seinem Organ, der „Kapitleries- und Stickerzeitung“, die in ganz unverblicher Weise die Absicht der Unternehmer darlegte, durch systematische Heranbildung jüngerer weiblicher Arbeitskräfte die älteren Arbeiter beiderlei Geschlechts hinauszutreiben.

Wie man bei der Heranbildung der Arbeiterinnen zu Werke gehen will, beweist ein Aufruf des Vorstandes des Vereins selb-

ständiger Sticker Berlins, den der Zufall, dem wir dankbar sind, uns ins Bureau geweht hat.

Berlin, den 15. Oktober 1908.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wir benachrichtigen Sie hierdurch ergebenst, daß wir die bereits im April dieses Jahres aufgetragene Lehrlingsfrage durch Annoncen in den maßgebenden Zeitungen jetzt aufs neue angeregt haben.

Sollten bei Ihnen Vakanz vorliegen, so erbitten wir um gehenden Bescheid durch beiliegendes Formular an unseren Schatzmeister, Herrn A. Fuschert, Große Frankfurter Straße 41/42.

Die betreffenden Wünsche werden nach der Reihe ihres Einganges erledigt. Wir bemerken, daß die festgesetzten einheitlichen Lehrbedingungen folgende sind:

1. Einjährige Lehrzeit.
2. Anfangsvergütung 15—20 monatlich.
3. Probezeit bis 4 Wochen.

Die Ausbildung soll sowohl in allen einschlägigen Handarbeiten als auch im Kurbelsteppen in allen geschieden, letzteres jedoch nur bei Lehrlinginnen über 16 Jahre. Da das Anlernen jüngerer Kräfte für unsere Branche äußerst notwendig ist, so bitten wir Sie höflichst, dieser Sache größtes Interesse entgegenzubringen.

Der Vorstand.

Der Hinweis, daß die betreffenden Wünsche nur nach der Reihe ihres Einganges erledigt werden können, dürfte bei Nichtkennern der Verhältnisse vielleicht die Vermutung aufkommen lassen, daß starke Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden ist. Das trifft nicht zu. Die Kurbelstickererei wird schon seit einer Reihe von Jahren von der Mode recht stiefmütterlich behandelt, so daß die Heranbildung von Lehrlingen nicht etwa durch die gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskräften diktiert wurde. Die festgesetzten Lehrbedingungen lassen vielmehr keinen Zweifel darüber, daß nur die Absicht, selbst die Arbeitskräfte zu bestimmen, ausschlaggebend für die Lehrlingsausbildung war.

Nach einer Probezeit von vier Wochen wird monatlich 15 bis 20 Mk. vergütet, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Vergütung im Laufe des Lehrjahres keine große Aufbesserung erfährt. Diese Lehrlingsausbildung unterscheidet sich von der früheren nur dadurch, daß an den Lehrling Entschädigung gezahlt wird, während früher der Lehrling Lehrgeld zahlen mußte; die Ausnutzung des Lehrlings bleibt dieselbe. Nach vier Wochen Probezeit. Lehrzeit in demselben Betrieb ist ein Lehrling so weit, in einer Woche mindestens das zu verdienen, was in einem Monat vergütet werden soll. Die Leistungsfähigkeit steigert sich natürlich durch ständige Übung. Wer verdient nun mehr den Namen Lehrlingszuchterei, wer früher mit dem Versprechen, nach 2—3wöchiger Lehrzeit einen Wochenverdienst von 30—36 Mk. erzielen zu können, den Leuten das Geld aus der Tasche lockte, oder wer sich durch Abschluß eines Lehrvertrages jetzt die Ausbeutungsmöglichkeit für ein volles Jahr sichert?

Einen merkwürdigen Begriff müssen die Unternehmer von den Berliner Mädchen haben, denen sie diese Bedingungen vorzuschreiben wollen. Ungelernte Arbeiterinnen erzielen hier schon nach kurzer Zeit 9—10 Mk. Wochenverdienst, und da glaubt man durch Lehrvertrag Arbeiterinnen bei 5 Mk. Wochenverdienst für ein ganzes Jahr zu gewinnen?

Die Berliner Arbeiterin ist viel zu helle und praktisch und zu sehr über die Mode orientiert, um so lange zu lernen und dann als gelernte Arbeiterin die ganze Unsicherheit der Existenz einer Saisonarbeiterin auf sich zu nehmen. Selbst nicht einmal die Aussicht, alle einschlägigen Handarbeiten zu lernen, dürfte verlockend genug sein, die Arbeiterinnen dem Lehrmeister in Scharen zuzuführen. Was soll auch wohl ein junges Mädchen mit 15—20 Mk. Vergütung pro Monat anfangen? Diese Frage, für die Arbeiterin zweifellos die wichtigste, besteht natürlich für den Unternehmer nicht. Aber die Lehrlinge oder vielmehr deren Angehörigen sollten die Frage recht genau erwägen und auch nach eben vollendetem 16. Jahre kein junges Mädchen die Kurbelstickererei erlernen lassen. Der Nachwuchs der Arbeiterklasse ist viel zu schwachlich, um schon in jungen Jahren dieser schweren Arbeit gewachsen zu sein. Als die Stickererei Mode war, hat die Schwindsucht zahllose Opfer aus den Reihen der Kurbelstickerinnen geholt. Eltern, deren Töchter Stickerinnen werden wollen, sollten im Arbeitsnachweis der Stickerbranche, O. 27, Andreasstraße 17, erst Erkundigungen einziehen. Die Bedingungen des Lehrvertrages sind nur dazu angetan, für ganz geringes Entgelt eine der schwersten Arbeiten zu verrichten, und die jüngeren Kräfte als Lohnrückerinnen gegenüber den älteren, einen angemessenen Lohn fordernden, zu verwenden. Niedriger Lohn und neben der Maschine auch die Verrichtung aller Nebenarbeiten, für die sonst andere Arbeitskräfte vorhanden waren, der Kurbelstickerin zu überweisen, das ist es, was die Unternehmer mit der Heranbildung jüngerer weiblicher Arbeitskräfte bezwecken, und

Monatsrevue über das Textilgewerbe.

Der Monat Dezember ist derjenige Monat im Jahre, in dem infolge des Weihnachtsgeschäftes verhältnismäßig die meisten Textilwaren in den Konsum übergehen. Um so stiller dagegen liegt in diesem Monat das Geschäftsleben, das sich zwischen Fabrikanten und Kaufleuten abspielt. Am Schluß des Kalenderjahres schließen auch die meisten Geschäftsleute ihr Geschäftsjahr und das trägt dazu bei, ausgehend von dem Bestreben, beim Aufstellen der Bilanz kein großes Lager zu haben, daß im Monat Dezember nicht mehr viel Ware hereingekommen wird. Was der Kaufmann für das Weihnachtsgeschäft glaubte nötig zu haben, hat er hereingekommen und seine ganze Aufmerksamkeit ist jetzt dem Weihnachtserfolge zugewendet. Wenn daher in den letzten Wochen von einer Abnahme der Ordereingänge berichtet wurde, so findet dies in dem eben Gesagten seine Erklärung.

Auf einigen der wichtigsten

Rohstoffmärkte

brachte der laufende Monat ziemlich Regsamkeit mit sich. Sehr lebhaft gestaltete sich das Geschäft auf den

Wollmärkten.

Die letzte Londoner Wollauktion, über deren Eröffnung wir bereits berichtet haben, leitete eine Haufe auf dem Rohwollmarkt ein, die auch bald auf den

Wollgarnmarkt

übersprang. Von den Wollwarenfabrikanten wird diese Haufe beklagt, und unseres Erachtens mit Recht. Denn es ist eine alte Erfahrungssache, daß eine sprunghafte Entwicklung selten etwas Gutes gestiftet hat. Die Entwicklung der Wollgarnpreise ist aber im Laufe des letzten Jahres, sowohl nach unten, wie nach oben, eine sprunghafte gewesen. Im Oktober und November 1907 kostete:

78/2 a I Zwirn	8,20 Mk.
49 a I Kette	7,30 "
40 Cheviot Schuß	5,80 "

Die vorjährigen Novemberrauktionen in London erschütterten die Marktlage und in raschem Tempo fielen die Preise bis Mai a. c. und zwar

78/2 a I Zwirn	bis auf 6,— Mk.
49 a I Kette	5,30 "
40 Cheviot Schuß	4,— "

Dann hat es auf einmal den Anschein, als wenn die Preisfurte nach oben gehen wollte, aber dieser niedrige Preisstand behauptet sich bis August/September und veränderte sich in langsamem Tempo bis kurz vor der diesjährigen Novemberrauktion, um dann einen plötzlichen, gewaltigen, ganz unerwarteten Aufschwung zu nehmen. Heute stehen die Preise für

78/2 a I Zwirn	7,20 Mk.
49 a I Kette	6,20 "
40 Cheviot Schuß	4,80 "

Eine langsame Entwicklung hätte den Vorzug, daß sich der Fabrikant bei der Versorgung mit Garn mehr dem, durch die bei ihm eingehenden Aufträge entstandenen Bedarf anpassen könnte. Diese plötzliche Aufwärtsentwicklung der Preise hat sowohl die Fabrikanten, wie die Abnehmer überrascht. Man war wohl auf ein allmähliches Anziehen der Preise gefaßt, aber nicht auf ein so rapides Emporschnellen. Was soll nun der Fabrikant machen? Die Kaufleute hielten mit ihren Aufträgen zurück, weil sie der bisherigen aufwärtsgehenden Preisbewegung noch keine Standhaftigkeit zutrauten und der Vorsicht wegen noch die letzte diesjährige Auktion abwarten wollten; der Fabrikant konnte sich daher auch nicht mit Garn eindecken, zumal ihm noch von der letzten Hauffeperiode im vorigen Jahre bekannt war, wie leicht man dadurch verlustbringende Fehlgriffe machen kann. Nun haben allem Anschein nach die Spinnerinnen, spekulierend auf die zu erwartende Eindeckung des zurückgehaltenen Bedarfs, eine zu reichliche Eindeckung mit Rohwolle vorgenommen und dadurch die Preise unvorhersehbarer Weise über Gebühr in die Höhe getrieben. Sie haben dadurch nun das ganze Geschäft erschwert. Denn der Kaufmann, der nun vor dieser sprunghaften Preishöhung steht, wird seine Aufträge beträchtlich einschränken. Und was wird die Folge davon sein? Nun, daß sich eben mangels genügender Aufträge die hohen Rohmaterialpreise nicht halten lassen, und dann ist die Flaubeit und das Mißtrauen wieder da. Die Spinnerinnen der Wollindustrie haben also höchst ungeschickt operiert; in dem sprunghaften Aufwärtsstreben der Woll- und Garnpreise liegt schon wieder die Ursache für den demnächst eintretenden schlechten Geschäftsgang. Man scheint wohl auch bereits zur Ernüchterung zu kommen, denn gegen Schluß der Londoner Auktion, der am 12. Dezember erfolgte, trat schon ein Umschwung in der Stimmung ein. Der „Köln. Volkszeitung“ wird dazu aus London geschrieben, daß die Preise für grobe und mittlere Kreuzgarnen,

welche zeitweise einen Aufschwung von 10—15 Proz., in vereinzelten Fällen sogar 20 Proz. erzielten, am Schluß der Auktion nur noch eine Steigerung von 5—10 Proz., in einzelnen Fällen höchstens 12½ Proz. aufzuweisen hatten. Die Preise sind also für grobe und mittlere Wollen um 5—7½ Proz. gewichen. Das ist ein bedenkliches Zeichen, aber auch hoffentlich eine recht heilsame Lehre für die Spinnerinnen dahingehend, die Eindeckung mit Rohwolle nicht auf die Spekulation, sondern auf den zur Eindeckung gebräucherten Bedarf zu stützen.

Auch auf dem

Rohbaumwollmarkt

herrschte auf eine kurze Spanne Zeit etwas Lebhaftigkeit; nämlich, als das amerikanische Ackerbauministerium am 9. Dezember den Schlussbericht über die diesjährige Ernteschätzung der Baumwolle bekannt gab. Das Ergebnis der Ernte wurde auf 12 920 000 Ballen à 500 Pfd. geschätzt; aber von allen Seiten werden Stimmen laut, welche dieses Schätzungsergebnis als viel zu niedrig bezweifeln. Man erinnert daran, daß sich das Ackerbauministerium schon oft um mehr denn 1 Million Ballen getäuscht habe. Und in der Tat, wenn man den letzten Bericht des Zensusamtes über die bis zum 1. Dezember 1908 entkörnte Baumwolle bezugnehmend, so wird es ohne weiteres klar, daß eine größere Ziffer wie 13 Millionen Ballen zu erwarten ist. Nach dem Zensusamt wurden bis zum 1. Dezember er. entkörnt 11 010 000 Ballen gegen 8 348 396 Ballen in der entsprechenden Zeit des Jahres 1907, 10 027 868 Ballen in der entsprechenden Zeit des Jahres 1906 und 8 689 663 Ballen in der entsprechenden Zeit des Jahres 1905. Vergleichen wir die Berichte des Zensusamtes mit dem tatsächlichen Erntergebnis, so finden wir, daß hier ein Widerspruch zwischen der Gesamternteschätzung des Ackerbauministeriums und dem Bericht des Zensusamtes vorliegt.

entkörnte Menge am 1. Dezember nach dem Bericht des Zensusamtes	tatsächliches Erntergebnis
1905	8 689 663
1906	10 027 868
1907	8 344 896
1908	11 010 000

Also 1906, wo am 1. Dezember 983 000 Ballen weniger entkörnt waren, wie am 1. Dezember 1908, war das Ergebnis der Ernte um 630 000 Ballen größer als wie es vom

nicht, der Mangel an guten Stickerinnen, der dadurch noch fühlbarer geworden sei, daß der nötige Nachwuchs fehle.

Die Begründung, die in der „Tapisserie- und Stickerzeitung“ zu dem eben zitierten Satz gegeben ist, besagt, daß teils wegen höherem Verdienste, teils wegen leichter Arbeit die jungen Mädchen sich anderen Berufen zuwenden, in Läden oder Kontoren lieber beschäftigt sind als in der Werkstatt. Nachdem der Artikelschreiber den Stickerinnen haben den Vorwurf nicht erparen konnte, daß sie mit den leidigen Heberstunden die Gesundheit und Arbeitsfreudigkeit der Mädchen unverantwortlich schädigen, heißt es dann weiter: „Da ist es denn kein Wunder, wenn sie ihre Freundinnen, die um 8 Uhr oder schon um 7 Uhr zuhause sind, beneiden, und keine weiteren Lehrlinginnen sich melden.“

In diesen Ausführungen geben die Unternehmer selbst zu, daß in anderen Berufszweigen leichtere Arbeit, höherer Verdienst und kürzere Arbeitszeit vorherrschend sind.

Kann man sich einen größeren Widerspruch vorstellen, als die Gegenüberstellung der letzten Worte: „Keine weiteren Lehrlinginnen sich melden“, und der Worte des dritten Satzes im Aufsatz des Vorstandes: „Die betreffenden Wünsche werden nach der Reihe ihres Einganges erledigt?“ — Daß junge Mädchen lieber in Kontoren Beschäftigung nehmen — wer wollte es ihnen verdenken? Entlohnung und Behandlung sind nicht schlechter, eher besser als in Stickerbetrieben, die Arbeitszeit also erheblich kürzer. Es gibt Kontore, die schon um 5 Uhr Nachmittag schließen, und Konforarbeit ist keine Saisonbeschäftigung. Uebrigens sollte auch der Artikelschreiber der „Tapisserie- und Stickerzeitung“ wissen, daß die Arbeitszeit in den Berliner Stickerbetrieben, die der Gewerbeinspektion unterstehen, abends um 7 Uhr endet, oder doch enden sollte; nur die schändliche Profitgier der Unternehmer verlängert den Arbeitstag. Freilich, sozialpolitisches Verständnis oder gar Kenntnis der sozialpolitischen Gesetzgebung bei Stickermeistern zu vermuten, darf man sich eigentlich nicht vermaßen. Als in den neunziger Jahren die frühere Beendigung der Arbeit an Sonnabenden und das Verbot an Sonntagen eingeführt wurde, waren es gerade die Stickermeister, die sich das gefällige Entgegenkommen der Behörden bei der Bewilligung von Ausnahmen in weitestem Sinne zunutze machten, oft auch gar nicht erst behördliche Genehmigung nachsuchten. War es doch meine damalige Chefin, die im unerbittlichsten Berliner Deutsch sich also ausließ: „Janisch wollta mehr dhun, aber: velle Feld vadienen. Die Sozialdemokraten wern het Aboeten woll noch janz abschaffen. Et wa velle scheena vor alle, wie de Maschinen noch Dag un Nacht, Sonndags un Wochendags jehen konntn.“

Diese Ansicht dürfte heute noch die meisten Stickermeister beherrschen, und ist ebenso verständlich wie der zynische Hinweis, die Herrenkundschaft mache den jungen Mädchen den Aufenthalt im Verkaufsladen angenehmer. Hat doch ein großer Teil der Unternehmer die Arbeiterinnen immer als „Freiwilb“ betrachtet.

Man könnte nun vielleicht zu der Annahme gelangen, der Verband selbständiger Sticker Berlins, der mit so scharfmacherischen Allüren sich den Arbeitern gegenüber gebärdet und sich sogar anmaßt, durch Ausschaltung derselben aus dem Produktionsprozeß ihre wirtschaftliche Existenz zu vernichten, wäre eine gewalttätige Organisation. O nein! Dieses Organisationsding mit seinen einigen 20 Mitgliedern nimmt sich gegenüber anderen Organisationen aus wie ein Zwerg gegenüber einem Riesen.

Im Eifer ihres Vernichtungskampfs gegen die verhaßte Arbeiterklasse sind diese Herren sogar wöllig blind geworden: die wirtschaftliche Entwicklung, trotzdem gerade sie es sind, denen dieser Entwicklungsgang in den letzten Jahren deutlich genug zeigte, wer die Auszuschaltenden sein werden. Der Konfektionär kommt nicht und mehr dazu, die Herstellung seiner Waren einem Zwischenmeister zu übertragen. Und heute haben schon nur noch die Sticker Aussicht auf Bestellungen, die die Sachen gleich fertig machen; bevorzugen werden schon jetzt die Schneider, die ihre Sachen selbst sticken lassen. Die Berliner Konfektion hat sich schon seit langem zur ausgesprochenen Großindustrie entwickelt; wenn sie als solche sich noch nicht alle technischen Hilfsmittel zunutze gemacht hat, so ist eben doch der Einführung derselben keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen; die weitere Entwicklung zwingt sogar dazu. In der Herrenkonfektion sind schon längst und werden auf Drängen der organisierten Arbeiterschaft immer mehr Betriebswerkstätten eingerichtet. Dasselbe wird sich auch in der Damenkonfektion vollziehen, wenn auch etwas langsamer. Die Erfahrung hat außerdem den Konfektionär gelehrt, daß er pünktlicher bedient wird, wenn Stücken und Fertigmachen der Ware in einer und derselben Werkstatt vor sich geht. Aus dieser Erfahrung heraus wird sich mehr und mehr das Bestreben zeigen, mit weniger Spezialmeistern zu tun zu haben. Was könnte beispielsweise den Konfektionär hindern, sich mit Umgestaltung des Stickermeisters seine Zeichnungen herstellen zu lassen und dem Schneider zum Sticken zu überweisen? Was sollte den Zeichner hindern, direkt mit dem Konfektionär zu arbeiten? Es würde das manchmal sogar einfacher

sein, als wenn der Auftrag des Konfektionärs durch den Sticker dem Zeichner übermittelt und dadurch häufig ganz anders wird.

Also, meine Herren Stickermeister, ohne Sie ist es den Konfektionären wohl möglich, Stickerereien herstellen zu lassen, aber nicht ohne Zeichner und vor allen Dingen nicht ohne einen Stab tüchtiger, eingearbeiteter Stickerinnen und Sticker. So könnte sich denn im Lauf der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung wohl ereignen, daß auf Sie das Sprichwort zutrifft: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“ Sie könnten vielleicht, statt die Hinausgehenden zu sein, die Hinausgeschobenen werden.

Mit Großsprecherien wird der ehernen Entwicklung nicht Einhalt geboten; in dem Riesenkampf zwischen Kapital und Arbeit ist der Schicht der Zwischenmeister für die Dauer keine Existenzberechtigung mehr beschieden.

Für die Arbeiterschaft der Stickerbranche waren aber die Veröffentlichungen in der „Tapisserie- und Stickerzeitung“ wenigstens insofern interessant, als der brutale Klassenkampfstandpunkt des Unternehmertums unverblümt in ihnen zum Ausdruck kam. In der glänzenden Prosperität, die für die Stickerbranche mehrere Jahre angehalten hat, waren es gerade die Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Existenzvernichtung man jetzt vorgenommen hat, die den Unternehmern Riesengewinne, von denen einige vor ihnen heute noch zehren, verdient haben. In dankbarer Anerkennung ihrer damaligen Verdienste sollen sie jetzt einfach ausgeschildert werden. Die Stickerinnen und Sticker wissen nun wenigstens, wessen sie sich von dem Unternehmertum zu gewärtigen haben. Wenn sie trotzdem den Scharfmachergeflüsten ihrer Unternehmer ruhig entgegensehen, so deshalb, weil sie in ihrer Organisation eine Macht hinter sich haben. Diese Organisation wird es sich in Zukunft angelegen sein lassen, auch dem Gleichgültigsten unter der Kollegenchaft die angeordneten Maßnahmen der Unternehmer zum Bewußtsein zu bringen. Dann werden die Unternehmer einsehen lernen, daß die Solidarität der Arbeiter keine hohle Phrase, sondern eine Macht ist, der auch das anmaßendste Unternehmertum sich beugen muß.

Martha Hoppe.

Wie können wir brauchbare Lohnstatistiken führen?

In Nr. 45 unseres Fachblattes haben wir die Notwendigkeit der Ausföhrung des Generalversammlungsbeschlusses, betreffend die Veranstaltung statistischer Erhebungen, in ausführlicher Weise und unter anderem auch damit begründet, daß die Aktionsfähigkeit der Verbandsgliedern durch den Besitz genauer statistischen Materials über die Lohn- und sonstigen Verhältnisse ihrer Zugehörigen außerordentlich gütig beeinflusst und den Vertretern der Arbeiterschaft — ganz gleich, wie und wo sie sich zu betätigen haben — eine zuverlässige Handhabe für ihre mancherlei zumeist unangenehmen und oft existenzbedrohenden Dienstleistungen im Interesse der Gesamtheit geboten wird. Das letztere ist um so notwendiger, als unsere Beauftragten, die wohl immer recht gute und brave, das Vertrauen der Mitarbeiter besitzende Kollegen sind, bei Verhandlungen aber infolge des geringeren Schiffs und der jahraus, jahrein ausgeübten geistlichen Fabrikarbeit sich den Unternehmern und deren Söldlingen gegenüber beträchtlich im Nachteil befinden, sich die erforderliche Routine in der Konversation, die Bedenkensamtheit, logischerweise nicht aneignen konnten und wegen des gewöhnlich arg gespannten Verhältnisses zwischen „Herrenmenschen“ und „Knecht“ häufig zu befähigen, so zag sind, ihre Anliegen oder die Aufträge der Verlagschaft auch nur so, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist, recht und schlicht vorzutragen. Dem Selbstbewußtsein und den Wünschen des Schreibers dieser Zeilen würde es gewiß viel eher entsprechen, zu sagen, die Intelligenz der Arbeiter habe während des letzten Jahrzehntes derartiges Fortschritte gemacht, daß in der Verhandlungsfähigkeit zwischen ihnen und ihren schon von Schule und Haus aus zumeist besser versorgten Widerparten kein Unterschied zu entdecken sei, bastieren nicht die vorstehenden Schilderungen auf eigenen langjährigen, bei manchen Betriebsleitungen gesammelten Erfahrungen, die vornehmlich darin gipfeln, durch das freudig geschenkte Vertrauen der Kollegenchaft berufen und beehrt zu sein, nun auch für diese bei den verschiedensten Anlässen die kräftigsten Ratgeber aus allererster Hand entgegenzunehmen und hierbei die Unzulänglichkeiten des eigenen Könnens und dasjenige der jeweiligen Leidensgenossen auf das unangenehmste zu empfinden. Es ist also ein großer Irrtum, zu glauben, daß derjenige, der die besten Gründe und vernünftigsten Ansichten hat, diese nun auch im entscheidenden Augenblick angeht, eines härtebigen und geriebenen Unternehmers in die entsprechenden Worte kleiden könne. Den intimsten Freunden und allenfalls noch den eigenen Betriebskollegen gegenüber wollen wir diese Art Ueberlegenheit sehr gerne

gellen lassen; der verhandlungsgewandte Fabrikdirekt aber bringt durch seine nie versagende Medeflut, durch die Berechtigung, immerfort das Wort zu führen, unsere treuerhizigen Abgeordneten sehr schnell aus dem Konzept, und sofern die Verhandlung sich auf Lohnfragen bezieht, kann diesen nur eine gediegene Ausrüstung, ein Ausweis über die bestehenden Lohnzustände, das ist eine regelrecht geföhrte Statistik, von greifbarem Nutzen sein. Nur hieran allein, an dieser vorrefflichsten aller Waffen, scheitern die Spiegelfechtereien und Ueberhöpfelungsversuche des pfiffigsten Herrn und seiner nicht minder klagsmachenden Bediensteten auf das kläglichste. Wie oft kommt es beispielsweise vor, daß ein Fabrikant die Arbeitervertretung aufbaucht: „Ich weiß nicht, was Sie eigentlich wollen! Ein fleißiger Arbeiter, der und der, verdient bei mir in einer Woche einen Lohn von 30 oder noch mehr Mark, das kann ich Ihnen aus den Büchern beweisen!“ Die Arbeiterkommission, die keine Uebernehmer die wirklich erzielten Löhne hat, steigt einem solchen Uebernehmerausbruch vollständig ohnmächtig gegenüber; die Armensten sehen sich verdußt an und bekommen den — „Schicks“, es gerät ihnen etwas in die Nohle, d. h. sie können vor lauter Alteration kein Wort mehr hervorbringen, und eine halbe Minute später sind sie schon zur Türe hinauskomplimentiert. Wären die Arbeitervertreter in einem solchen kritischen Moment an Hand einer Lohnstatistik aber in der Lage, zu erwidern: „Das ist wohl wahr, der Genannte hat in der Tat ein einziges Mal, als er tagsüber und noch die halbe Nacht dazu gearbeitet hatte, 30 Mark erhalten, wir können Ihnen zeigen aber beweisen, daß derselbe sehr häufig auch nur 15 Mk. und selbst darunter verdient hat, der Lohn stellt sich in Wirklichkeit im Wochenburchschnitt nur auf 19 Mk. und 43 Pf., und das ist für einen fleißigen und intelligenten Arbeiter angesichts der Lebensmittelfteuerung usw. viel zu wenig!“ dann könnte selbst der schäbige aller Unternehmer seine Arbeitsbienen nicht so von oben herab abtun, er müßte vielmehr, wollte er nicht den letzten Rest seines Ansehens einbüßen, weiterhin Rede und Antwort stehen und schließlich von dem zuviel erpreßten Mehrwert etwas abgeben. Die in den Tag hinein lebende Arbeiterschaft hat analog der hier dokumentierten Uebernehmerschöwe natürlich niemals eine Ahnung von den wirklichen Lohnzuständen. Einzelne besonders krankhaft Beantlagte, die oft vor Hunger kaum gerade laufen können, präbilen in der Öffentlichkeit, in Aneipen und sonst bei jeder unpassenden Gelegenheit mit ihrem gewaltigen Verdienst, der freilich in einer genauen Statistik zusammengefaßt im Wochenburchschnitt zu ihrem ureigensten Erstaunen auf die Hälfte herabsinken würde. Früher, ehe noch der „Freisinnige“ Dr. Hugo Geisler im preiswürdigen Landtage die Gelegenheit beim Schopfe nahm, sich mit unsterblichem „Ruhm“ zu bedecken durch den Antrag, der den Unternehmern die Pflicht auferlegte, der Steuerbehörde den auf das genaueste berechneten Jahresverdienst der Arbeiter anzugeben, kam es zuweilen vor, daß derartige Prahlhähne wegen ihrer Dummheit, also ohne wirkliche metallische Unterlage, einige Stufen in der Steuerleitung heraufgesetzt wurden. Jetzt verdanken wir preiswürdigen Arbeiter ja den „volksfreundlichen“ freijährigen und ultramontanen Anregungen in unserer herrlichen Junkerkammer die Besteuerung unseres Einkommens bis auf den letzten Heller, und insofern bildet selbst dieses Steuerhystem, das die genannten Steuerpflichtigen wohlweislich auf die besitzenden oder finanziell besser gestellten Klassen auszubehnen vergaßen, einen Fortschritt, als solche blödsinnigen Proklamationen gegenstandslos geworden sind und auch die Kengstlinge unter unseren Freunden keine Herausforderung ihrer Staatssteuereinkommen wegen der Beteiligung an einer Statistik oder der unvorsichtigen Handhabung derselben mehr zu befürchten brauchen. Nach dieser Richtung hin ist absolut freie Wahl; im Streikzeit ist — soweit sich dies auf die Proklamation bezieht — Preußen in Deutschland voran. Bis vor Jahren war es in dieser Hinsicht Sachsen.

Wir geben in dem ersten Artikel auch eine Reihe aus der Praxis geschöpfter Anregungen zur leichten und sicheren Föhrung von Lohnstatistiken. Als überzeugte Gewerkschaftler sollte uns aber auch schon ohnedies ein Beschluß unserer höchsten Instanz, der Generalversammlung, heilig sein und uns zur unbedingten Danachachtung anspornen; die jetzige Wirtschaftskrise mit ihrer Begleiterscheinung, der verkürzten Arbeitszeit, gibt uns aber auch die entsprechende Muße, den inneren Ausbau der Organisation zu vervollkommen. Keiner ist unter uns, der nicht von dem Gedanken erfüllt wäre, das, was er während der wirtschaftlichen Depression eingebüßt hat, mit Zinsen und Zinseszinsen wieder herauszuholen, sobald sich der Geschäftsgang wieder hebt. Viele von uns haben überhaupt keine geld-einbringende Beschäftigung mehr, und die noch in den Betrieben Tätigen erleiden eine derartige Einbuße an ihrem Einkommen, daß es für sie gleich jenen eine Lebensnotwendigkeit ist, für neue und erhöhte Einnahmen zu sorgen, sobald sich dazu eine Gelegenheit bietet. Hierzu ist der einzelne zu schwach; er bedarf eines mächtigen, kräftigen Rückhaltes, den nur eine gut fundamentierte und jederzeit aktionsfähige Organisation ihm gewähren kann. Nicht unwesentlich hätten wir nun unsere

Ackerbaumministerium für 1908 geschätzt worden ist. Das ist eine Differenz von 1 613 000 Ballen, die da fehlen. Da ist es wohl erklärlich, daß man dem amtlichen Schätzungsbericht keinen Glauben beimißt. Und es ist auch das bereits eingetrossen, was wir in der vorigen Nummer sagten. Die Preise, die an der New Yorker Baumwollbörse nach dem Bekanntwerden des Schätzungsberichtes um 13—17 Punkte anzogen, haben bald wieder nachgegeben müssen. Wir müssen immer und immer wieder betonen, daß der Beschäftigungsgrad in der Baumwollindustrie gegenwärtig keineswegs von der Beschaffenheit des Rohbaumwollmarktes abhängt; er hängt vielmehr ab von der Beschaffenheit der Konsumkraft des arbeitenden Volkes, und in dieser Beziehung sieht es eben zurzeit sehr, sehr traurig aus.

Rohseidenmarkt
Kerzichte eine merkliche Geschäftstillheit, die zu der eingeleiteten Preissteigerung in eigenartiger Kontrast steht; ein sicheres Zeichen dafür, daß die Fabriken an Aufträgen sicherlich keinen Ueberfluß leiden. Größere Regsamkeit war auf dem

Flachsmarkt
zu verzeichnen. Die Ursache hierzu ist in der Erkenntnis zu suchen, daß es mit der diesjährigen Flachsente allgemein nicht weit her ist und die Spinnerinnen vorhandene Läden in ihrem Rohstoffbedarf ausfüllen wollen. Der österreichische Leinenindustrielle Ignaz Grich wies auf der Generalversammlung des „Verbandes der österreichischen Flachs- und Leinenindustriellen“ darauf hin, daß über die Flachsproduktion nichts Gutes zu berichten sei. Im Inland ist quantitativ eine Mittelernte zu verzeichnen, und auch das Durchschnittsergebnis ist unter Mittel geblieben. In Rußland liegen die Verhältnisse genau so, wenn nicht noch schlechter. Die ungenügenden Witterungsverhältnisse beeinträchtigen den Anbau und das Reiserquantum, und nur die Räfte der ersten Saat vollzog sich noch günstig. Die Spinnerinnen in diesem Jahre Schwierigkeiten haben, ihren Bedarf nach Wunsch einzudecken. Herr Grich warnte die Spinnerinnen, die noch mit Rohmaterial reichlich versehen seien, den Einkauf zu forcieren (beschränken), weil dadurch die Spannung nur noch größer, d. h. die Preise zu sehr in die Höhe getrieben würden. Hoffentlich lassen sich die Flachs Spinner zur Lehre dienen, was den Wollspinnern durch ihre überreichten Räfte von Wolle widerfahren ist. Die Textilindustrie bracht vor allen Dingen Stetigkeit in bezug auf Preise, und wenn

diese nicht zu halten sind, dann müssen die Spinnerinnen stets ihre Preispolitik in auf- wie absteigender Linie in ein langsames Tempo zu bringen suchen.

Was nun den Geschäftsgang in den Fabriken anbetrifft, so hat sich gegenüber dem Vormonat nicht viel geändert. Die

Wammgarnspinnereien
sind sehr stark beschäftigt und ebenso die meisten Webereien für Damenkleiderstoffe. Aber auch in Herrenstoffen

hebt sich das Geschäft. Aus Aachen konnten wir das schon in voriger Nummer feststellen; heute können wir das auch für Fort feststellen. Hier, wo die Arbeitslosigkeit mit am größten vorhanden war, haben in letzter Zeit die Bestellungen derart zugenommen, daß, wie berichtet wird, verschiedentlich Fabriken zur Ausgabe von Lohnarbeit gezwungen sein sollen, um nur die Lieferfristen einhalten zu können.

In Markirch i. G., einem Hauptort der Phantasiestoffbranche, hat sich, wie unser Adressent berichtet, der Geschäftsgang, der auch etwas, aber bei weitem nicht so viel, wie in anderen Gegenden, nachgelassen hatte, wieder gehoben. Die Webereien befinden sich mitten in der Saison der Sommerartikel und sind in den meisten Betrieben Mousserartikel, Lacee, Popeline, Croise und hauptsächlich Sergee in uni, in Streifen und in Karo, mit Garde-Einfaß die gangbarsten Sachen. Die

Musterweberei
befinden sich in der stillen Zeit der Uebergangsperiode von der Sommer- zur Wintersaison; einige Firmen jedoch haben die Uebergangsperiode schon hinter sich.

Die **Baumwollspinnereien**
klagen immer noch über die Flaue im Geschäft. Zwar haben die meisten von ihnen, wie aus Süddeutschland berichtet wird, den vollen Betrieb wieder aufgenommen, aber man ventilert bereits die Frage einer neuen Einschränkung der Produktion, wenn es nicht bald anders wird. Das einzige, was sich gebessert hat, ist das, daß das im vorigen Jahre bestellte Garn jetzt etwas besser abgenommen wird wie früher. Die

Wollwebereien

haben wohl Aufträge erhalten, aber solche, die sich sowohl im Preise wie im Umfang in bescheidenem Grade halten. Dies hat manche Webereien veranlaßt, sich mit ihren Offerten nicht nur an die Großhändler, sondern direkt an die Kleinhändler zu wenden. Darüber natürlich große Entrüstung in den Kreisen der Großhändler; eine Entrüstung, die wir gar nicht am Platze finden. Denn man wird es doch keinem Fabrikanten verdenken können, wenn er nicht seine Ware an den Mann zu bringen. Oder ist es schon so weit, daß die Fabrikanten nur von der Gnade der Großhändler abhängig sind. Unseres Erachtens dienen die Großhändler nur dazu, das Produkt unnütz zu verteuern und die Ueberproduktion zu fördern. Denn die Lager der Großhändler, das sind jene Hohlräume, die sich zwischen Erzeugung und Verbrauch der Waren aufstumpfen und oft mehr wie das doppelte dessen an Waren ansammeln, was der Konsum an Waren benötigt. Aus den

Baumwollwebereien Mülhausens i. G.
bringen noch laute Klagen über die noch abzunehmenden teuren Garne, die ungeheure Verluste bringen und das ganze Geschäft schädigen. Der Geschäftsgang im

Hohenstein-Crusithaler-Bezirk
wird nun auch als ein etwas besserer gemeldet. Man arbeitet wohl noch mit verminderter Arbeiterzahl, geht aber mehr und mehr dazu über, wieder die volle Arbeitszeit zu arbeiten. In den

Augsburger Webereien,
ausgenommen die Wollwebereien, mangelt es noch an Aufträgen und wird noch mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. In den

niederrheinischen Webereien
fehlt es an den Exportaufträgen, um wie früher, die stillere Zeit mit Beschäftigung zu verbringen. Aber auch der Inlandsmarkt läßt hier sehr viel zu wünschen übrig. Die Ursache dazu liegt einesteils in der mangelnden Kaufkraft der Arbeiter, die meist als Konsumenten der Baumwollartikel in Frage kommen, andererseits aber auch darin, daß die Großhändler ihre Lager mit großen Verlusten räumen und dadurch dem Detailkaufmann den Glauben rauben, daß in erhebbarer Zeit auf dem Baumwollmarkt höhere Preise plahzreifen werden. Dem „Confessionair“ wird darüber aus Breslau geschrieben;

und damit zugleich die Position unseres Verbandes für spätere Lohnbewegungen, wenn wir an Hand der üblichen Lohnzettel oder Lohnbücher oder, wo solche nicht gebräuchlich sind, durch eigene Notizen einen genauen Ausweis über unsere Lohnverhältnisse schaffen, wodurch wir mit Leichtigkeit den Unternehmern ad oculos demonstrieren können, daß unser Einkommen in keiner Weise mit der durch die Geldfachvertreter im Bunde mit der Reichsregierung beantragten Lebensmittelpreiserhöhung in Einklang zu bringen ist. Die Einzelzusammenstellungen müssen natürlich, sollen sie mehr als nur problematischen Wert haben, zu kompletten Statistiken für die Gesamtheit werden. Die aufgewendete geringe Mühe für die Materialsammlung und die allerdings etwas bedeutendere für den Bearbeiter dieser Statistiken trägt doppelte Früchte: zuerst verschafft sie uns einen durchaus nicht zu verachtenden Gewinn hinsichtlich der Bereicherung unserer schriftlichen und rechnerischen Fähigkeiten und Kenntnisse — die Erweiterung der Bildung der Arbeiterschaft ist derselben in jeder Beziehung von nicht hoch genug anzuschlagendem Nutzen, denn eine in allen Saiten gerechte Kämpferschärfe läßt sich so leicht nicht, und sei es auch von dem geringsten Scharfmachertum, unterliegen —; dann stärken gemeinsame Feststellungen und Arbeiten das Vertrauen und den Zusammenhalt der Arbeiter unter sich und in der Organisation ganz enorm; den höchsten und besten Vorteil aber hat, wie dies auch schon früher wiederholt dargetan, die organisierte Arbeiterschaft dadurch, daß sie, gestützt auf vorhandene genaue Statistiken, jederzeit ihr Kampfgebiet abstecken kann, sich also von keinem noch so sehr in die Waden blasenden Unternehmer etwas vorzuschwindeln zu lassen braucht und demzufolge das mit größter Eleganz für ihre Klassengenossen herauszuholen vermag, was eben im gegebenen Augenblicke zu erreichen ist.

Im Anschluß hieran bringen wir eine Anzahl praktischer Berechnungsbeispiele, die auf das augenfälligste dartun, wie eine glatte, einfache und sichere Lösung der gestellten Aufgabe erfolgen kann.

Aus der reichen Fülle des vorliegenden Materials greifen wir die mit peinlichster Sauberkeit bearbeitete Statistik einer großen Anzahl Arbeiterinnen heraus, und zwar die Abteilung Spulerei.

Das dargestellte erste Beispiel enthält die Quartalsaufzeichnungen der Statistik einer Spulerei, die ihre Tätigkeit teils im Akkord, teils im Stundenlohn auf folgender tariflichen Grundlage ausübt: Es wurde gezahlt:

1. Für das Spulen je eines Zentners gewöhnlicher Wollgarne zu vollen und halbsträhnigen Rollen = 1,65 M.
2. Smyrna- und Mirtowollgarne zu vollen Rollen und gewöhnlicher Wollgarne zu drittelsträhnigen Rollen = 2 M.;
3. Smyrnawollgarne zu drittelsträhnigen Rollen sowie Kleinsträhniger Wollgarne = 2,25 M.;
4. für das Spulen verschlagener oder beschädigter Strähne pro Stunde 28 Pf. und
5. für Restspulen und Warten pro Stunde 22,5 Pf.

Die letzte Spalte der Aufstellung gibt den auf Grund eines erneut abgeschlossenen Lohntarifs erzielten Mehrverdienst an. — Bei Feststellung des Wochen- und Monatsdurchschnittslohnes sind die vier unvollständigen Wochen als ganze Wochen gerechnet worden, obgleich insgesamt 62 Arbeitsstunden fehlten.

Das zweite Berechnungsbeispiel veranschaulicht den Quartalsabschluss der Lohnstatistik einer Abteilung Spulereierinnen. In dieser Aufstellung sind die gewonnenen Schlussergebnisse der einzelnen Personestatistiken nebeneinander eingetragen. Die Gewinnung der Durchschnittsergebnisse erfolgt hierbei auf eine vereinfachte Art, nämlich durch Addition der Anzahlen und darauf folgender Division der Gesamtsummen durch die Anzahl der Teilnehmer. Es erübrigt sich, in den Quartals- sowie auch in den Jahresabschlüssen die Art und den Preis (Lohn und Akkord) der Arbeit noch einmal mit zu übertragen, da die Prüfung der Richtigkeit der Berechnung ja bereits in den Einzelstatistiken stattgefunden hat.

Beispiel III bringt die Vorbereitung für den Gesamtjahresabschluss der Statistik. (Der Jahresabschluss für eine einzelne Spulerei ist durch dieses Beispiel schon gegeben.) Die Schlussergebnisse der vier Quartale sind einfach zusammengestellt und abdiert. Die Feststellung der Jahresdurchschnittsziffern für Wochen, Stunden und Tarifzulage, um die es sich hier außerdem noch handelt, kann auf zweifache Art erfolgen. Man benutzt entweder die Gesamtjahressummen und teilt diese durch die Anzahl der Jahreswochen und -stunden oder — was wir der Einfachheit wegen besonders empfehlen — die abdierten Quartalsdurchschnittsziffern und dividiert diese durch vier.

Im Beispiel IV ist der Jahresabschluss einer Lohnstatistik von 16 in einer Betriebsabteilung tätigen Spulereierinnen gegeben. Derselbe enthält die persönlichen Gesamtjahresverdienste sowie die Wochen- und Stunden- und Quartalsdurchschnittsergebnisse aller Beteiligten. Die Feststellung der Gesamtdurchschnittsergebnisse der Abteilung erfolgt auch hierbei am leichtesten auf

dem Wege einfacher Teilung der abdierten Einzeljahresziffern durch die Anzahl der Teilnehmer. Die unter den Nummern 10, 11 und 16 berechneten Arbeiten unterlagen erst malig einer tariflichen Entlohnung, so daß

logischerweise von einer Tarifzulage noch nicht gesprochen werden konnte. Diefen vier Beispielen entsprechend sind in der uns vorliegenden umfangreichen Statistik, den jeweiligen Spezialbedingungen

I. Abteilung Spulerei. — Statistik einer Spulerei für ein Quartal.

Datum	Wochenstunden	Lohn:			Akkord:			Ergolte Wochenverdienste M.	Tarifzulage M.
		Stunde à 28 Pf. M.	Stunde à 22,5 Pf. M.	Zentner à 1,65 M. M.	Zentner à 2,— M. M.	Zentner à 2,25 M. M.			
5. 1.	9	—	5 = 1,15	1,28 = 2,10	0,10 = 0,20	—	3,45	0,44	
12. 1.	54	—	31,5 = 7,10	2,43 = 4,—	2,95 = 5,90	0,40 = 0,90	17,90	2,30	
19. 1.	54	2,5 = 0,70	36 = 8,10	2,07 = 3,40	3,30 = 6,60	0,70 = 1,60	20,40	2,65	
26. 1.	54	9,5 = 2,65	28 = 6,80	2,61 = 4,30	1,73 = 3,45	1,71 = 3,85	20,55	2,91	
2. 2.	50	2 = 0,55	31,5 = 7,10	2,48 = 4,10	2,85 = 5,70	0,38 = 0,85	18,30	2,38	
9. 2.	54	—	33 = 7,42	1,71 = 2,82	2,85 = 4,70	0,72 = 1,62	16,56	2,17	
16. 2.	54	3 = 0,85	25 = 5,60	5,05 = 8,35	1,60 = 3,20	0,50 = 1,15	19,15	2,49	
23. 2.	54	—	23,5 = 5,30	6,30 = 10,40	0,66 = 1,30	—	17,—	2,21	
2. 3.	54	0,5 = 0,15	34 = 7,65	2,45 = 4,05	2,52 = 5,05	1,08 = 2,45	19,35	2,52	
9. 3.	54	—	40 = 9,—	2,45 = 4,05	1,43 = 2,85	0,82 = 1,85	17,76	2,31	
16. 3.	50	10 = 2,80	28,5 = 6,40	2,97 = 4,90	1,69 = 3,40	0,50 = 1,10	18,60	2,42	
23. 3.	54	—	28 = 6,80	5,62 = 9,30	2,49 = 5,—	0,20 = 0,45	21,05	2,74	
30. 3.	45	—	24 = 5,51	2,70 = 4,45	3,03 = 6,05	0,29 = 0,65	16,66	2,16	
13 Wochen	640	7,70	82,98	66,22	53,40	16,47	226,72	29,68	

In 640 Stunden 90,63 M. Lohn und 136,09 M. Akkord = 226,72 M. Verdienst. — Tarifzulage 29,68 M.
Durchschnitte: a) Woche 17,44; b) Stunde 36 Pf.; c) Tarifzulage 2,28 M.

II. Abteilung Spulerei. — Quartalsabschluss der Lohnstatistik einer Anzahl Spulereierinnen.

Name oder Nummer	Quartals-		Verdienst			Tarifzulage im Quartal M.	Durchschnittsergebnisse		
	Wochen	Stunden	a) Lohn M.	b) Akkord M.	c) insgesamt M.		pro Woche M.	pro Stunde Pf.	Tarifzulage pro Woche M.
1	13	708	80,20	179,40	259,60	31,95	19,96	36	2,45
2	13	708	85,75	160,25	246,—	29,95	18,92	34	2,30
3	13	708	77,70	169,40	247,10	29,95	19,—	34	2,30
4	13	708	90,95	148,40	239,15	28,90	18,39	33	2,22
5	13	708	83,50	158,10	241,25	28,20	18,55	35	2,16
6	13	708	85,75	155,95	241,70	26,50	18,59	34	2,03
7	13	708	87,50	141,60	229,10	24,50	17,62	32	1,88
8	13	708	105,05	95,25	200,30	21,95	15,40	28	1,68
9	11	600	100,75	78,15	178,90	20,40	13,76	25	1,67
10	13	708	108,90	85,10	194,—	22,25	14,92	27	1,63
11	13	708	104,95	83,55	188,50	20,95	14,50	25	1,61
12	13	708	108,05	107,80	215,85	24,40	16,60	30	1,87
13	13	708	101,95	111,15	213,10	23,60	16,39	30	1,81
14	11	600	97,05	72,—	169,05	18,40	14,91	27	1,41
15	13	708	106,15	93,40	199,55	23,45	15,35	28	1,80
	191	10 404	1 424,20	1 839,50	3 263,15	375,35	232,86	458	23,75
Gesamtdurchschnitte:	13	696	94,95	122,63	217,54	25,02	16,86	31	1,92

III. Zusammenstellung der einzelnen Quartalsresultate zum Jahresabschluss der Statistik einer Spulerei.

Name oder Nummer	Quartals-		Quartalsverdienste	Durchschnittsverdienste		Tarifzulage M.	Tarifzulage im Wochen-durchschnitt M.
	Wochen	Stunden		pro Woche M.	pro Stunde Pf.		
N. N.	1)	10	567	196,70	19,67	34	2,10
N. N.	2)	13	681	207,60	20,58	39	2,27
N. N.	3)	13	663	239,85	18,42	36	2,16
N. N.	4)	13	703	259,60	19,96	36	2,45
Jahresresultate:	49	2 619	963,75	19,66	36	112,05	2,29

IV. Abteilung Spulerei. — Jahresabschluss der Lohnstatistik einer Anzahl Spulereierinnen.

Name oder Nummer	Jahres-		Jahresverdienst	Durchschnittsverdienst		Jahres-Tarifzulage M.	Wochen-durchschnitt der Tarifzulage M.
	Wochen	Stunden		pro Woche M.	pro Stunde Pf.		
1	49	2 619	963,75	19,66	36	112,05	2,29
2	51	2 673	902,20	17,69	35	105,45	2,20
3	49	2 561	846,80	17,29	33	98,15	1,90
4	52	2 723	937,—	18,02	34	109,25	2,10
5	52	2 686	918,75	18,01	34	98,05	1,92
6	51	2 723	895,—	17,21	32	94,45	1,81
7	52	2 723	813,25	15,64	29	93,90	1,80
8	49	2 561	699,55	14,27	27	80,80	1,55
9	52	2 723	738,35	14,20	26	84,20	1,61
10	52	2 723	825,45	15,87	30	—	—
11	50	2 615	797,60	15,95	30	—	—
12	51	2 664	787,90	15,45	29	90,50	1,77
13	52	2 723	923,85	17,75	33	108,85	2,00
14	52	2 723	753,70	14,49	27	83,80	1,61
15	50	2 615	688,85	13,74	25	76,90	1,47
16	52	2 673	673,95	12,96	25	—	—
Gesamtdurchschnitte:	51	42 728	13 105,45	259,76	485	1 236,95	24,11

„Die Ausrüster haben ihre Endlos-Austräge in Kosttüchern zu hohen Preisen einzuteilen gehabt, und da sie sich die Fadenstellungen wählen konnten, haben die meisten Ausrüster klugerweise die billigsten Marken gewählt, denn es ist eine große Differenz, ob sie Rohware à 35—40 Pf. zu hohen Preisen abnehmen oder Rohwaren zu 10—15 Pf.; denn der Verlust von 3 1/2 Proz. von 40 Pf. ist schwerer zu ertragen, als der Verlust von 2 3/4 Proz. von 10 bis 15 Pf. Infolgedessen haben die meisten Ausrüster viel billige Qualitäten in Dowlas, Klon, Semdentuch, Kitai usw. hergestellt, die Lager füllen sich in diesen Artikeln und werden jetzt, um zu räumen, mit großen Verlusten abgesetzt. Die Kundenschaft wird dadurch kopslos, sie glaubt, alle Artikel müssen in demselben Verhältnis nachgeben, was tatsächlich nicht der Fall ist. Man lasse nur die Lager für den billigen Artikel einhergehen getäumt sein, dann kann vor diesen Preisen keine Rede sein. Genau so liegt der Wollendruck artikel, einer sucht den anderen zu unterbieten. Es ist ausgemacht, Wollendruck zu den jetzt ausgebotenen Preisen herzustellen. Der Preisabschlag für diesen Artikel ist darauf zurückzuführen, daß der Konsum darin entschieden nachgelassen hat, die Dreierereien dagegen in demselben Verhältnis zugenommen haben. Die Betriebsbeschränkungen in den Spinnereien und Webereien, der allgemein schlechte Geschäftsgang in der gesamten Industrie schmälert den Verdienst der Arbeiter und damit die Nachfrage nach Kaufkraft derselben. Die Leute beschließen sich so lange es nur irgend möglich ist, und sehen von Neuanschaffungen zunächst ab. Dieses ist mit ein Hauptfaktor des schlechten Geschäftsganges.“

Hier sieht man wieder, wie ein Keil den anderen treibt. Der Geschäftsgang geht schlecht, also schränken die Spinnereien und Webereien den Betrieb ein. Dadurch verdienen die Arbeiter viel weniger wie früher und sind gezwungen, den Konsum einzuschränken, wodurch wieder der Geschäftsgang, der schon so schlecht war, daß er zur Betriebsbeschränkung führte, noch viel schlechter wird. So verdrängt die Wirkung der Maßregel die Ursache, die zu der Maßregel führte.

Samt- und Seidenindustrie

Haben wir in der fadengewerblichen Rundschau der vorigen Nummer einen Situationsbericht gegeben, so daß wir uns heute weitere Ausführungen schenken können.

Aus der Leinenindustrie

ist zu berichten, daß auf dem Garnmarkte eine andauernde Besserung eingetreten ist. Wie aus Bielefeld berichtet wird, finden bedeutende Garnabschlüsse zu erhöhten Preisen statt. Auch von der letzten Landesbutter Garn- und Flachsbörse wird gemeldet, daß sich das Warengeschäft lebhafter gestaltet und die lebhafteste Nachfrage nach Garnen weiter anhalte. Dies wären bezüglich des zu erwartenden Geschäftsganges recht günstige Zeichen. Wie es in der

Wollindustrie

zurzeit aussteht, geht wohl daraus hervor, daß der Verband deutscher Industrieller für Wollstoffe 320, sowie Tarpanlins und Sading eine weitere Preiserhöhung eintreten ließ.

In der Trikotindustrie

ist der Geschäftsgang zufriedenstellend. Die Auflösung der Unternehmerkonvention macht weitere Fortschritte. Ausgetreten sind weiter nachfolgende Firmen: Wilh. Sax u. Co. in Tuttlingen, Louis Schaarschmidt in Limbach, C. Wühlinghaus Pet. J. Sohn in Lennep, Richter u. Co. in Chemnitz und die Grimmitzauer Trikotagenfabrik G. m. b. H. in Grimmitzschau.

In der Strumpfwaren

hält die langsame Besserung an, nur geht es eben etwas sehr langsam.

Der ziemlich unermittelte Uebergang vom kurzen zum langen Armeel dürfte vorerst der

Handschuhindustrie

wichtige Aufträge bringen. Der kurze Handschuh benötigt zwar weit weniger Stoff wie der lange und würde, falls sich die Mode lange halten sollte, zweifellos für die Handschuhindustrie später von sehr einschneidender ungünstiger Wirkung sein, aber vorerst bringt er reichlich Arbeit, denn die Damen haben meist lange Handschuhe, die sie zu den langen Ärmeln nicht gebrauchen können. Offentlich wendet sich, wenn alle Damen-

hände reichlich mit kurzen Handschuhen versorgt sein werden, die Modelaune wieder dem kurzen Ärmel zu, damit wieder lange Handschuhe angefertigt werden müssen. In der

Phantasiwarenindustrie

in Apolda hat mit dem Steigen der Wollpreise der Grad der Beschäftigung auch etwas zugenommen; zum Teil ist das aber auch auf die im größeren Umfang vorgenommene Wüstung zurückzuführen. Der Hauptartikel, Golljacketts, soll in diesem Jahre auffälligerweise keine gute Aufnahme bei der Kundenschaft gefunden haben und viele Rückendungen veranlassen.

In der Raffementeriefabriken

ist neues von Belang nicht zu berichten. Die Firmen waren sehr dabei, die Musterkollektionen zu komplettieren und recht reichhaltig zu gestalten, in der Hoffnung, dadurch den Konsum zu beleben.

In der Stickereiindustrie

des Vogtlandes hat der geschäftliche „Aufstieg“ nicht lange angehalten. Die Haupterteile ist herein und geht es in manchen Betrieben schon wieder steil.

In den Färbereien und Appreturanstalten

ist die Beschäftigung nicht überall gleich. Aus den Berliner Garnfärbereien wurde uns von zuverlässiger Seite die Mitteilung gemacht, daß große Posten Garn für die Teppichindustrie nicht untergebracht werden konnten, weil die genannten Färbereien vollauf mit Beschäftigung versehen sind. Auch in den Stückfärbereien und Appreturen Marktes hat sich viel Arbeit zusammengehäuft. Die Stückfärbereien haben große Massenaufträge von auswärtig zu erledigen, und wird schon seit Wochen täglich mit Überstunden bis 9 und 10 Uhr abends geschuftet. Ein Betrieb hat sogar für einzelne Sektionen Tag- und Nacht schieft eingehäuft.

Die Zeugdruckereien für baumwollene Artikel scheinen dagegen selbst jetzt, mitten in der Saison, nicht überall ausreichend beschäftigt zu sein.

So schließen wir denn das alte Jahr mit unseren Betrachtungen, hoffend, daß uns das neue Jahr wieder in allen Branchen einer Aufwärtsbewegung entgegenführen möge.

angepaßt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sämtlicher Kategorien von Arbeitern und Arbeiterinnen des in Betracht kommenden Betriebs aufgestellt. — Die Zusammenstellung der Ergebnisse der verschiedenen Branchen usw. erfolgt am einfachsten in einer für Beispiel III gegebenen Anordnung. Die einzelnen Branchen sind in der Reihenfolge der Wichtigkeit der einzelnen Berufsgruppen und Division durch die Anzahl der teilnehmenden Branchen.

Den Mitgliedern allerorts empfehlen wir, sich auf eine ähnliche Art und Weise Klarheit über den materiellen Effekt ihres Arbeitsverhältnisses zu verschaffen; über die dringende Notwendigkeit hierzu haben wir uns hier schon ausgesprochen. Die Behauptung, eine Statistik könne nur so wie in den Beispielen und tabellarisch geschildert und nicht anders gemacht werden, liegt uns vollständig fern. Es führen, wie bei allen Unternehmungen, auch hier viele Wege nach Rom, von denen man sich den gangbarsten auszuwählen muß. Nehmen wir, umher, dann einen besseren Weg wählen und das Ziel erreichen, das ist die natürliche Erfahrungsreihenfolge aller Lernenden.

Das sind die Weisen,
Die vom Irrtum zur Wahrheit reifen."

Günstige Gelegenheit zu einer besseren Lebenseristenz.

Wer würde eine solche Gelegenheit nicht mit Freuden ergreifen? Das sagte sich wohl auch ein Herr „Hauptkontrollleur Pechardt Brandt“. Deshalb schrieb er an einen unserer Verbandskollegen in Pilsen, ihn bittend, den Verkauf von Wollware, Wäsche und Galanterieware zu übernehmen. Er soll ohne jedwede Anzahlung oder Verpflichtung „reelle, fehlerfreie Ware auf Kredit, zu ganz geringen Preisen“ bekommen und sich durch den Verkauf einen monatlichen Nebenverdienst von nicht unter 50 Mk. verschaffen; woran es gar nicht fehlen könne, denn er würde bei den geringen Preisen mit jedem größeren Geschäft konkurrieren. Nicht das geringste Risiko entsetze ihn, und wenn ihm das Geschäft nicht zuzuge, könne er es jederzeit lösen — ohne jede Verpflichtung. Wir sind mit unserem Kollegen der Meinung, daß es sich hierbei um ein nicht gerade ungünstig aussehendes Geschäft handelt, arme Tröpfe um ihre ewigen Spargrößen zu leimen. Denn es wird die Einfindung eines Wandergewerbescheines (Hausiererschein) zur Bedingung gemacht, und über einen solchen Schein nicht einsehend, bekommt kein Kredit. Hat der „Hauptkontrollleur“ den Schein in Händen, kann er mit demselben machen, was er will. Er wird ihn dann an solchen Mann verkaufen, der aus irgendeinem Grunde von der Polizeibehörde durch einen Hausiererschein bekommen kann. Das gute Geschäft wird also nicht auf seinen Namen sein, die sich den Schein für ihr Geld beschafft haben, sondern auf seinen des „Hauptkontrollleure“, der ihn weiter veräußern wird. Dazu ist er sehr leicht in der Lage, denn er läßt sich die Scheine unter B. B. 100 postlagernd Saalfeld zusenden, und kein Mensch weiß, dann, wer der Käufer ist. Wenigstens muß sich der „Hauptkontrollleur Pechardt Brandt“, jedenfalls ein Pseudonym, gefallen lassen, daß man diese Vermutung solange hat, wie er seine werbebefähigte dem geheimnisvollen Dunkel nicht entrückt, in das er sie schließt hat. Wir warnen unsere Kollegen dringend, auf den Leim zu gehen, sondern raten ihnen, die Offerten des „Hauptkontrollleure“ auf ihre Echtheit und Zuverlässigkeit hin von der Polizei prüfen zu lassen.

Die deutsche Unfallversicherung nach den Berichten der Arbeitersekretariate im Jahre 1907.

II.

6. Von der Geschäftsführung der Berufsgenossenschaften.

Eine außerordentliche Kamperei herrscht bezüglich der Handhabung des § 71 Abs. 1 G.-U.-G. Danach hat die Entschädigungsfestsetzung im beschleunigten Verfahren von Amts wegen zu erfolgen. Für eine ganze Anzahl Berufsgenossenschaften scheint diese Bestimmung nicht vorhanden zu sein, denn sie setzen sich nicht im mindesten bemühen, danach zu handeln. So berichtet das Zürcher Sekretariat, daß es wegen nicht rechtzeitiger Rentenfestsetzung und Kürzung für die Verletzten in nicht weniger als 40 Fällen bei den zuständigen Berufsgenossenschaften um Anweisung der Rente oder um Rentenvermehrung nachsuchen mußte. Nicht selten vergeht ein halbes Jahr und noch länger, ehe der Verletzte die ihm gebührende Rente erhält. In einem Falle hatte der Verletzte trotz rechtzeitiger Meldung des Anfalles bei der Bayerischen Holzindustrie-Berufsgenossenschaft nach zwei Jahren 4 Monaten noch keine Rente erhalten. Die unerhörteste Summe liegt in dieser Beziehung nach den Berichten der Sekretariate Nürnberg, München und München bei der Bayerischen Bauwerks-Berufsgenossenschaft. In der Regel vergehen dort 20 bis 25 Wochen, ehe die Rentenfestsetzung erfolgt; oft dauert es damit aber noch viel länger.

Die langsame Erledigung der Rentenfestsetzung ist übrigens nicht nur auf die Berufsgenossenschaften beschränkt, auch die staatlichen Betriebe lassen in dieser Beziehung vieles zu wünschen übrig. So führt das Arbeitersekretariat viel mehrere Fälle an, wo ein bei der bayerischen kaiserlichen Werkstätten für Arbeiter über 7 Monate, ein anderer Arbeiter nahezu 1 Jahr auf die Zustellung des berufsunfähigen Rentenscheines warten mußte. Im letzteren Falle erfolgte die Zustellung des Rentenscheines überdies erst auf erhebliche Beschwerden, weshalb dann dem betreffenden Arbeiter noch Beschwerde gemacht wurden, daß er sich an das Sekretariat geendet hätte.

Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß die gegenwärtige Fassung des § 71 G.-U.-G. nicht genügt, sondern die Rentenfestsetzung an eine bestimmte Zeit gebunden und deren Nichterfüllung unter Strafe gestellt werden muß. Die zurzeit in solchen Fällen zulässige Weisung an das Reichsversicherungsamt beginn an die zuständigen Landesversicherungsämter ist meist zwecklos. Nur zu oft erhebt man darauf nach wochenlangem Warten die Antwort, daß nach dem eingehenden Bericht der Berufsgenossenschaft alles in Ordnung und damit die Beschwerde erledigt sei, obwohl sich in der Sache noch nicht das geringste geändert hat. Es macht danach den Eindruck, als ob einzelne Berufsgenossenschaften sich nicht scheuen, dem Reichsversicherungsamt der Wahrheit zuwiderlaufende Berichte abzugeben, um so ihre schlampige Geschäftsführung zu verdecken.

Ein ähnlicher Mangel tritt bezüglich des Anspruchs der Verletzten auf Einleitung eines Heilverfahrens oder ärztlicher Behandlung zum Vorschein. Es ist nichts Seltenes, daß Berufsgenossenschaften dringende Anträge von Verletzten ohne weitere Prüfung ablehnen und dadurch die Antragsteller zur Einleitung eines anderweitigen Verfahrens zwingen, währenddessen sie — falls sie nicht Mitglieder einer Krankenkasse sind oder nicht über eigene Mittel verfügen resp. sich nicht an die Armenbehörde wenden wollen — ohne jede notwendige Heilbehandlung bleiben. Das Arbeitersekretariat hat wiederholt einen solchen Fall, wo die bayerische Bauwerks-Berufsgenossenschaft einem Verletzten nicht nur die notwendige Heilbehandlung, sondern auch den zur Verfolgung des Anspruchs erforderlichen berufsunfähigen Bescheid verweigerte. Auf beim Reichsversicherungsamt erhobene Beschwerde wurde ihm schließlich der Bescheid zugestiftet. Damit hatte er aber die Heilbehandlung noch nicht, sondern nun mußte er gegen den Bescheid Berufung erheben und abwarten, bis das Schiedsgericht seinen An-

spruch anerkannte, und neben Heilbehandlung einer Töprozent Rente die Berufsgenossenschaft verurteilte, ihm die als notwendig anerkannte Heilbehandlung zu gewähren. Darüber vergangen selbstverständlich Monate, eine Zeit, in der ein Verletzter infolge mangelnder ärztlicher Behandlung längst zugrunde gegangen sein oder nicht wieder zumutmachenden Schaden an seiner Gesundheit erlitten haben kann. Das jetzige Verfahren zur Erlangung von Heilbehandlung ist deshalb zu umständlich und bedarf dringend der Milderung.

Wie hinsichtlich der Fürsorge, ist auch das sonstige Verhalten der Berufsgenossenschaften zu ziemlich von jeder Rücksichtnahme gegenüber den Verletzten frei. Die Zustellung der sogenannten Vorbescheide wird in der Regel nur als eine rein formelle Sache aufgesetzt und die Einwendungen der Verletzten dagegen völlig unberücksichtigt gelassen. Vielfach sind auch die Fristen so kurz bemessen, daß Einwendungen gar nicht erhoben werden können. Ein solches Verhalten ist zwar ungeschicklich, und muß gegebenenfalls zur Aufhebung des berufsunfähigen Bescheides führen, was aber nicht abhakt, daß die Berufsgenossenschaften diese Gepflogenheit immer wieder üben.

7. Von der Rentenfestsetzung der Berufsgenossenschaften.

Die Rentenfestsetzung durch die Berufsgenossenschaften gibt den Sekretariaten zu immer neuen Anlaß. Und mit Recht, denn es wird dabei von den Berufsgenossenschaften in willkürlicher Weise vorgegangen. Am 1. Februar 1902 versandte das Reichsversicherungsamt an die Berufsgenossenschaften ein Rundschreiben, in dem gesagt wurde:

„Hiernach würde es unzulässig sein, wenn — was vorgekommen sein soll — die Feststellungsinstanzen einfach den von dem Arzte angegebenen Prozentsatz der Erwerbsunfähigkeit ihrer Entscheidung zugrunde legten, ohne die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit geprüft zu haben. Ein derartiges Verfahren, durch das eine der wichtigsten Aufgaben der Feststellungsorgane zu einer mechanischen Wiederholung des Ergebnisses der ärztlichen Gutachten herabgedrückt werden würde, entspricht nicht der Absicht des Gesetzes. Hat im einzelnen Falle der in der Sache gehörige ärztliche Sachverständige auf Ersuchen oder aus freien Stücken auch eine Meinung über den Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Rentenbewerbers abgegeben, so darf niemals außer acht gelassen werden, daß die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit an sich keine rein medizinische, und daß ihre Verantwortung nicht ausschließlich Sache des Arztes ist, sondern in der Hauptsache eine der vornehmsten Aufgaben der mit der Rentenfestsetzung betrauten Instanzen bildet.“

Die Berufsgenossenschaften pfeifen auf diese gewiß gut gemeinten Erlasse. Zutreffend bemerkt das Frankfurter Sekretariat: „Erhalten sie am Wohnort des Verletzten kein Arztgutachten, welches ihnen genügt, um die Rente herunterzudrücken, so beordern sie die Verletzten einfach in eine sogenannte Rentenquartier“, wo sie immer ihren Zweck erreichen. Die persönlichen Verhältnisse des Verletzten bleiben dabei völlig unbeachtet; ob derselbe seine Arbeit dadurch verliert oder sonstigen materiellen und gesundheitlichen Schaden erleidet, ist den Berufsgenossenschaften vollständig gleichgültig. So wies die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft einen in Frankfurt a. M. wohnenden Verletzten — obgleich am Orte eine Anzahl der anerkannt tüchtigsten Augenärzte vorhanden sind — nach Düsseldorf zu einem Augenarzt. Der Zweck wurde erreicht, die Rente um 15 Proz. herabgesetzt. Ärzte, welche in objektiver Weise den Zustand der Verletzten begutachten und zu keinen den Berufsgenossenschaften genehmen Folgerungen kommen, werden bald nicht mehr von ihnen berücksichtigt; man wendet sich anderen zu, die entgegenkommender sind und dem Zwecke der Rentendrückung besser entsprechen.

Einzelne Berufsgenossenschaften gehen noch weiter, indem sie sich einfach über ihnen unbequeme Gutachten hinwegsetzen und die Rente nach eigenem Ermessen oder unter Berufung auf das „vorliegende Gutachten“ festsetzen. Der Verletzte löst dann zu seinem Erfahren in dem zugestellten Bescheide, daß die ärztliche Untersuchung bei ihm keine die Erwerbsfähigkeit behindernden Anfallsfolgen mehr festzustellen vermochte oder eine wesentliche Besserung ergeben habe, obwohl ihm der Arzt bei der Untersuchung das Gegenteil gesagt hat. Sieht man dann die Akten an, so findet sich diese Angabe bestätigt, und die Berufsgenossenschaft hat die Meinung des Arztes unverändert in ihr Gegenteil umgeändert. Einen ähnlichen Fall führt das Arbeitersekretariat Straßburg an, wobei die Zuhewerks-Berufsgenossenschaft einem Verletzten, dem das linke Bein amputiert werden mußte, nur eine 60prozentige Rente festsetzte, während der untersuchende Arzt die Erwerbsunfähigkeit auf 75 Proz. geschätzt hatte. Dabei war der Verletzte tatsächlich völlig erwerbsunfähig, wie auch das Schiedsgericht durch Gewährung der Vollrente anerkannte. In einem vom Hamburger Sekretariat angeführten Falle setzte die Chemische Industrie-Berufsgenossenschaft, Section III, einem Verletzten für die Zeit vom 4. Mai bis 1. August 1905 eine 50prozentige Rente fest, obgleich der behandelnde Arzt ihn bis Ende 1905 für vollständig erwerbsunfähig und für 1906 zu 50 Proz. erwerbsbeschränkt begutachtet hatte. Das nennt man freie Beweiswürdigung!

An diesem Vorgehen der Berufsgenossenschaften trägt das Reichsversicherungsamt einen sehr großen Teil der Schuld, insofern als es die Gutachten der berufsgenossenschaftlichen Vertrauensärzte oft genug unbeachtet als zureichend hinnimmt und die Anträge der Verletzten auf anderweitige ärztliche Untersuchung kurzerhand ablehnt. Wie wenig unter solchen Umständen die Verletzten zu ihrem Recht gelangen, läßt sich leicht ersehen, sind doch die von den Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaften abgegebenen Gutachten in äußerst zahlreichen Fällen höchst einseitig und von Objektivität weit entfernt. Um so bedauerlicher erscheint es, daß solche zu den Berufsgenossenschaften im Vertrauensverhältnis stehenden Ärzte zugleich als Vertrauensärzte von Schiedsgerichten fungieren. Eine derartige Doppelstellung muß selbst da, wo der gute Wille, objektiv zu urteilen, vorhanden ist, zu Mißtrauen bei den Verletzten Anlaß geben und sowohl das Ansehen des Arztes als auch des Schiedsgerichts erschüttern. Das Reichsversicherungsamt hat dieser Auffassung bereits vor mehreren Jahren dadurch Rechnung getragen, daß es die gleichzeitige vertrauensärztliche Tätigkeit von Ärzten bei Berufsgenossenschaften und Schiedsgerichten nicht als empfehlenswert bezeichnete. Trotzdem kommt nach den Berichten eine solche Doppeltätigkeit vor. So ist der Vertrauensarzt des Straßburger Schiedsgerichts, Professor Dr. Ledderhose, zugleich Leiter eines von den Berufsgenossenschaften unterhaltenen Anfallkrankenhaus; ein durchaus unhaltbarer Zustand!

Wie die Fürsorgeübernahme wird auch die Rentenfestsetzung von den Berufsgenossenschaften zum Teil sehr langsam erledigt. An der Spitze steht wieder die Bayerische Bauwerks-Berufsgenossenschaft, von deren Bannmeile die Sekretariate Nürnberg, Jülich und München eine Reihe von Mißbeispielen zu berichten wissen. Es ist unglücklich, was sich diese Berufsgenossenschaft trotz der zahlreichen beim Landesversicherungsamt München erhobenen Beschwerden an Schlamerei den Verletzten gegenüber gestattet. Die Ungültigkeit des gegenwärtigen Verfahrensverfahrens kann nicht besser als durch diese Beispiele charakterisiert werden.

Neben den Berufsgenossenschaften findet man leider auch noch viele Schiedsgerichte, bei denen die Erledigung der Anfallsachen recht langsam vor sich geht, und beim Reichsversicherungsamt ist es nicht besser bestellt. Die Ursache hiervon liegt nicht zum wenigsten an der ungemessenen Ueberlastung beim nicht zureichenden Besetzung der Schiedsgerichte. Die Zahl der zu behandelnden Fälle nimmt ständig zu, während das Personal meist dasselbe bleibt; die Folge ist dann ihre langsame und bei manchen Schiedsgerichten zugleich sehr oberflächliche Erledigung.

Bei den Bemühungen, die Entschädigung der Verletzten auf ein möglichst niedriges Maß herabzudrücken, fördern die Berufsgenossenschaften selbst vor direkt rechtswidrigen Handlungen nicht zurück. So führt das Arbeitersekretariat viel einen Fall an, wo das Schiedsgericht einem Verletzten eine 75prozentige Rente fest-

setzte, die Berufsgenossenschaft sich aber weigerte, dem Verletzten diese Rente zu zahlen, weil sie Refurs einlegen wollte. Dabei bestimmt § 80 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes ausdrücklich, daß der Refurs bezüglich der Anzahlung der vom Schiedsgericht erlassenen Rente keine aufschiebende Wirkung hat, was der Berufsgenossenschaft zweifellos bekannt war. Einen ebenso geschwunden Standpunkt nahm die Bayerische Bauwerks-Berufsgenossenschaft ein, indem sie von dem Schiedsgericht Oberbayern verlangte, es solle die von einem Verletzten erhobene Berufung nur dann behandeln, wenn dieser die Berechtigung seines Anspruchs durch ein ärztliches Gutachten nachweise. Selbstverständlich wies das Schiedsgericht dieses Ansinnen zurück, denn § 78 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes verlangt, daß das Gericht ohne Rücksicht auf den von der Partei angetretenen Beweis in der Sache zu entscheiden hat.

Unendlich heimlich und schäbig ist das Bemühen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, eine Herabsetzung der Renten durch möglichst niedrige Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes herbeizuführen. Alle möglichen Mängel werden an den Verletzten herausgeholt, um diesen Zweck zu erreichen. Das Frankfurter Sekretariat führt einen Fall an, wo die Rhein-Raffinerie landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft einem vorher völlig arbeitsfähigen Verletzten den Jahresarbeitsverdienst von 480 Mk. wegen angeblicher mit dem Unfall nicht in Zusammenhang stehender Erwerbsunfähigkeit um 80 Proz. kürzte und eine Vollrente von ganzen 61,20 Mk. jährlich anbot. Das Reichsversicherungsamt erhöhte diese „Vollrente“ um 8 Mk. jährlich. In einem anderen von dem Arbeitersekretariat Magdeburg erwähnten Falle rechnete die Berufsgenossenschaft dem Verletzten wegen hohen Alters eine 50prozentige Erwerbsunfähigkeit auf den Jahresverdienst an. Das Schiedsgericht vermochte sich von der Richtigkeit dieser Rechnung aber nicht zu überzeugen und hielt den Verletzten bis zu dem Unfall für völlig erwerbsfähig, damit den Jahresarbeitsverdienst von 300 auf 600 Mk. erhöhend. Nebenbei lag die Sache bei einem Futternecht, dessen Vollrente mit 64 Mk. im Jahre von dem Schiedsgericht aus demselben Grunde auf 384 Mk. erhöht wurde.

Den gewerblichen Berufsgenossenschaften bietet sich zu ähnlichem Vorgehen nicht so oft Gelegenheit; ist dies aber der Fall, so lassen sie dieselbe nicht ungenutzt vorübergehen. So machte die Nordwestliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft einem Verletzten einen um 500 Mk. niedrigeren Jahresarbeitsverdienst in der Berechnung, weil er vor dem Unfall 13 Wochen gewirkt hatte. Schiedsgericht sowie Reichsversicherungsamt ließen sich jedoch auf diese neue Entdeckung der Berufsgenossenschaft zwecks Minderntzung nicht ein, sondern gaben den Anträgen des Verletzten statt.

Ein geradezu raffiniertes System verfolgen die Berufsgenossenschaften bei Berechnung und Ausschaltung der kleinen Renten, und sie haben dabei unübertreffliche Erfolge zu verzeichnen. Die Bestrebungen sind zweifellos darauf gerichtet, die Renten bis 20 Proz. vollständig abzuschaffen. Daneben verfolgt man die Absicht, die für gewisse Schäden üblichen Renten möglichst weit herunterzudrücken. Wie man dabei vorgeht, dafür nur einige Beispiele. Der Verlust eines Auges wird nach der häufigsten Entscheidungssprache des Reichsversicherungsamtes bei qualifizierten Arbeitern einer 33prozentigen Erwerbsunfähigkeit, bei unqualifizierten Arbeitern einer 25prozentigen Erwerbsunfähigkeit gleichgesetzt. Wo aber nicht nur die Berichte, sondern auch die tägliche Beobachtung zeigen, fassen die Berufsgenossenschaften beharrlich in solchen Fällen auch qualifizierten Arbeitern nur eine 30- bzw. 25prozentige Rente fest, darauf spekulierend, daß sich die Arbeiter gegen die geringe Differenz aus Gleichgültigkeit oder Unkenntnis nicht aufheben. Dasselbe Manöver wird bei anderen Verletzungen zur Anwendung gebracht. Erscheint mindestens eine 50prozentige Rente angebracht, so kann man bei einer Anzahl Berufsgenossenschaften mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß nur eine 45prozentige, statt einer 25prozentigen Rente eine solche von 20 Proz. festgesetzt wird. Erhebt der Verletzte hiergegen Berufung, so wendet sich die Berufsgenossenschaft dagegen ein, daß nach der Praxis des Reichsversicherungsamtes Minderungen der Rentenfestsetzung wegen Differenzen von weniger wie 10 Proz. nicht vorgenommen werden sollen. Und Schiedsgerichte und Reichsversicherungsamt geben ihnen darin recht, so die Herabdrückung der Entschädigungsgläse fördernd.

Dem fortgesetzten Bohren und Wühlen der Berufsgenossenschaften ist es gelungen, die Entschädigungsparität im Laufe der Zeit gewaltig zu verschlechtern. Eine ganze Anzahl von Unfällen, die früher ansichtslos zur Entschädigung kamen, wie z. B. Bruchschäden, werden heute gar nicht mehr oder nur in beschränkter Ausnahmefällen entschädigt. Die traumatische Neurose kuriert man in schematischer Weise mit Renten kürzung und schließlich Rentenentziehung, ohne sich im mindesten um die verweisungssohle Lage jener Unglücklichen zu kümmern, in die sie ohne ihr Verschulden durch ihren Unfall gelangten.

„Das einzige Heilmittel für solche Anfallshysteriker liegt in der Arbeit!“ sagt das Schiedsgericht Schleswig in einer von dem Arbeitersekretariat Kiel mitgeteilten Entscheidung, und andere Schiedsgerichte bringen denselben Grundsatz zur Anwendung. Bis zu einem gewissen Grade hat diese Auffassung ihre Berechtigung. Wie die Erfahrung zeigt, löst die Wiederaufnahme der Arbeit auf die an traumatischer Neurose Leidenden einen unvertennbar günstigen Einfluß aus, und ist deshalb gegen eine gewisse Einwirkung auf die Verletzten, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, gewiß nichts einzuwenden. Nur darf hierbei nicht schablonisiert und übertrieben werden. Wie liegen aber die Verhältnisse?

Von den Berufsgenossenschaften wird jeder Anfallshysteriker als ein Subjekt angesehen, das seine Entschädigung zu Unrecht erhält, und dem dieselbe so bald wie möglich entzogen werden muß. Von jener Schonung und Milde, die ärztlichseits gerade bei der Behandlung dieser Art von Verletzten verlangt wird, ist deshalb in den berufsgenossenschaftlichen Bescheiden wenig zu finden. In rücksichtsloser Weise fest man die Rente herunter, die Verletzten dadurch nicht nur materiell, sondern auch gesundheitlich auf das schwerste schädigend. Nicht zum wenigsten trägt dieses Vorgehen dazu bei, ihre Wiederherstellung zu verzögern. Die meist viel zu weit gehenden Rentenkürzungen müssen die dadurch in ihrer Existenz Bedrohten zum Widerspruch anstacheln, und das langdauernde Verfahren mit seinen Aufregungen besorgt dann das übrige.

8. Die Rentenfestsetzung einft und jetzt.

Aber auch in anderer Richtung haben sich die Entschädigungsbedingungen für die Verletzten verschlechtert. Nach den Sekretariatsberichten haben die Berufsgenossenschaften das, was die Schrader und Schmeding im preussischen Abgeordnetenhaus von der Gesetzgebung forderten, dank der ihnen in reichem Maße zuteil gewordenen Unterstützung des Reichsversicherungsamtes im wesentlichen bereits erreicht. — Für Fingerberletzungen und -Verluste ist es — soweit es sich nicht gleich um den Verlust von mehreren Fingern handelt — kaum noch möglich, eine Rente zu erhalten. Der Verlust des vorderen Daumens, Zeige- und Mittelfingergliedes wurde früher mit einer 10- bis 15prozentigen Rente entschädigt. Heute erhalten die Verletzten solche im günstigsten Falle nur noch vorübergehend. Der Verlust des Mittel-, Ring- oder Kleinfingers, ja selbst des so wichtigen Zeigefingers bleibt in immer häufigeren Fällen ohne Entschädigung, respektive wird dieselbe auch nur auf kurze Zeit gewährt. Das gleiche trifft für Feherverluste zu. Dem Gewöhnungsmoment wird eine Auslegung zuteil, die den Berufsgenossenschaften eine jederzeitige Anwendung ermöglicht. Will nichts anderes zur Herabsetzung sich eignen, ist es nicht möglich, ein die wesentliche Besserung der Unfallfolgen bezeichnendes ärztliches Gutachten zu erlangen, dann holt man das Genehmigungsmoment herbei, und es vermag fast niemals, Selbst die ältesten, aus einer für die Verletzten günstigsten Zeit herrührenden Dauerrenten fallen ihm zum Opfer; der Begriff „Dauerrente“ hat damit jede Bedeutung verloren.

Die Verschlechterung der Entscheidungs- und damit zugleich Entschädigungspraxis wird bezeichnend genug nicht nur durch die Arbeitersekretariatsberichte konstatiert, vielmehr stellt sich ihnen ein in dieser Beziehung durchaus unverdächtig und einwandfreier Zeuge zur Seite: die Nordwestliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft. In einer von ihr herausgegebenen Broschüre veröffentlicht diese Berufsgenossenschaft eine höchst interessante Zusammenstellung der früher und jetzt üblichen Entschädigungssätze

für Hand- und Augenverletzungen sowie älterer und neuerer Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes, welche die Behauptungen der Arbeitersekretariate in weitestem Umfang bestätigen. Auch die in nachstehender Tabelle gegebene Gegenüberstellung bietet einen Beleg dafür. Zu bemerken ist dazu noch, daß es sich bei den in der Tabelle angeführten günstigeren älteren Entscheidungen nicht etwa nur um die Festsetzung von sogenannten Schonungssätzen, sondern um Dauerrenten handelt.

Entschädigungsfestsetzungen nach Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes.

Fingerverletzungen.

Table with 8 columns: Datum d. Entscheid., Beruf des Verletzten, Art der Verletzung, Rente in Proz., Datum d. Entscheid., Beruf des Verletzten, Art der Verletzung, Rente in Proz. The table is organized into sections for different fingers (Daumen, Zeigefinger, Mittelfinger, Ringfinger, Kleinfinger, Mehrere Finger) and body parts (Handverletzungen, Armverletzungen, Beinenverletzungen, Weinverletzungen, Augenverletzungen).

bloßen Formsache, was ihrer Wirksamkeit erheblichen Abbruch tun muß. Ein ähnliches Verfahren kommt auch gegenüber den Sekretariaten zur Anwendung, wie besonders der Bericht des Arbeitersekretariats Nürnberg scharf hervorhebt. Es wird dort darüber Klage geführt, daß das Sekretariat nicht schon bei Beginn des Rentenverfahrens Einsicht in die Akten erhält und darunter die Vertretung leidet. Befriedigend spricht sich in dieser Hinsicht nur das Stuttgarter Sekretariat aus, dem von den württembergischen Schiedsgerichten wie auch von dem Landesversicherungsamt die Akteneinsicht in liberalster Weise gestattet wird. Das gleiche Verhalten muß von allen Schiedsgerichten gefordert werden, um so mehr, als das Reichsversicherungsamt der Akteneinsicht seitens der Sekretariate keinerlei Hindernisse in den Weg stellt.

10. Die Vertretung vor den Schiedsgerichten.

Wie weit man aber von der Erfüllung einer so selbstverständlichen Forderung entfernt ist, geht aus der Ablehnung von Arbeitersekretären als Vertreter der Verletzten durch die Schiedsgerichte hervor. Sonderbar wie diese Haltung ist auch ihre Motivierung. Am gelungensten erscheint wohl die Ausrede, welche das Schiedsgericht Ettlin für die Nichtzulassung des dortigen Arbeitersekretärs ins Feld führte: es will die Rührung mit den Verletzten nicht verlieren. Dabei hat dieses Schiedsgericht eine solche Rührung noch niemals gehabt, denn sonst wäre es nicht zu einer so verkehrten Maßnahme wie die Zurückweisung eines Arbeitersekretärs gekommen. Daß die Berufsgenossenschaften die Vertretung der Verletzten durch die Arbeitersekretäre nicht gern sehen, läßt sich schließlich noch verstehen, obwohl auch in solchen Fällen von Kurzsichtigkeit und Verleumdung der Verhältnisse geredet werden muß. Vollständig unverständlich dagegen ist die Abneigung der Schiedsgerichte gegen die Arbeitersekretäre; kann doch deren Mitwirkung ihnen nur die Rechtsfindung erleichtern. Das hat sich noch überall gezeigt, wo ein verständnisvolles Zusammenarbeiten von Schiedsgerichten und Arbeitersekretariaten stattfand. Ein jeder Arbeitersekretär betrachtet es als selbstverständliche Pflicht, nur solche Sachen zu vertreten, von deren Erfolg er überzeugt ist. Infolgedessen scheidet er von den vielen an ihn herantretenden Fällen eine große Anzahl als aussichtslos aus, mit denen sich unter anderen Umständen zweifellos die Schiedsgerichte zu beschäftigen hätten. Seine Sachkenntnis setzt ihn außerdem in den Stand, die für den speziellen Fall bedeutsamen Momente von vornherein zu erkennen und herauszuheben. Wo nur irgend zugänglich, wird er sofort mit dem Eintritt in das Verfahren alle dem Verletzten günstigen Beweismittel beibringen und so dasselbe wesentlich erleichtern und vereinfachen. Allein diese Erwägungen sollten genügen, um den Schiedsgerichten gegenüber den Arbeitersekretariaten eine andere Haltung vorzuschreiben.

Eine der Zurückweisung der Sekretäre ähnliche Stellungnahme zeigen eine große Anzahl Schiedsgerichte dadurch, daß sie den Sekretären seitens der Verletzten ausgestellte Vollmacht ignorieren und Terminfestsetzungen und Entscheidungen nicht an die Sekretariate, sondern nur an die Verletzten gelangen lassen. Hieraus erklärt sich die häufige Klage in den Sekretariatsberichten, daß man von dem Ausgang der einzelnen Fälle keine Kenntnis erhält. Ein solches Vorgehen der Schiedsgerichte ist in mehrfacher Beziehung für die Verletzten zum Nachteil. Wer viel mit Unfallverletzten zu tun hat, weiß, wie unbehilflich ein großer Teil von ihnen ist, und wie wenig sie oft die einfachsten schriftlichen Mitteilungen zu verstehen vermögen, wenn sie in dem bekannten amtlichen Stile abgefaßt sind. So kann man in Dutzenden von Fällen beobachten, wie die in den Terminmitteilungen übliche Bemerkung, daß die Anwesenheit des Verletzten im Termin nicht erforderlich ist, und eine Entschädigung für Reisetkosten usw. nur im Falle des Obstehens gewährt wird, in der Regel keine Beachtung findet. Weil sie die Terminmitteilung erhalten, glauben sie, auch in der Verhandlung antworten zu müssen, und machen sich so unnötige Kosten. Die Zustellung der Terminmitteilung an das Arbeitersekretariat hätte diesem Nebenhande vorgebeugt. Ein weiterer Nachteil aus der Nichtbenachrichtigung des Arbeitersekretariats von dem Verhandlungstermin ergibt sich noch insofern, als dadurch in vielen Fällen eine persönliche Vertretung des Verletzten durch den Sekretär nicht stattfinden kann und ersterer, mit der Wahrnehmung seiner Interessen vor Gericht nicht vertraut, sich hilflos selbst überlassen bleibt.

Nicht anders verhält es sich mit der direkten Zustellung der Entscheidung an den Verletzten unter Uebergehung des Arbeitersekretariats. Abgesehen davon, daß die Sekretäre auf diese Weise das Resultat ihrer Bemühungen in zahlreichen Fällen nicht kennen lernen, und damit zugleich die für ihre erfolgreiche Betätigung unbedingt notwendige Selbstkontrolle in Wegfall kommt, ergeben sich daraus sehr leicht ebenfalls schwere Nachteile für die Verletzten. Viele von ihnen halten es nicht für notwendig, das Sekretariat von der Zustellung der Entscheidung zu benachrichtigen, weil sie annehmen, daß man dort von dem Ausgang der Sache unterrichtet ist. Erhalten sie dann keine Nachricht, so erachten sie die Sache für erledigt und ein weiteres Rechtsmittel gegenüber der für sie unangünstigen Entscheidung für ausgeschlossen. Ein solcher Irrtum entzieht bei ihnen um so leichter, als ein auf die Refurreslegung bezüglicher Hinweis in den Entscheidungen der Schiedsgerichte nicht enthalten ist. Auf solche Weise ist dann die Refurrespflicht leicht veräußert und so manche durchaus aussichtsreiche, wesentliche Vorteile für den Verletzten versprechende Sache zu dessen Ungunsten erledigt.

Gegen diese Praxis der Schiedsgerichte muß deshalb mit aller Entschiedenheit Protest erhoben werden, läuft sie doch auf nichts anderes als auf eine unzulässige Parteinahme für die Berufsgenossenschaften hinaus. Nach § 176 C.-V.-O. müssen die in einem anhängigen Rechtsstreit erforderlichen Zustellungen an den für die Instanz bestellten Prozeßbevollmächtigten erfolgen. Das Reichsversicherungsamt hat sich zwar in dieser Hinsicht auf den Standpunkt gestellt, daß das Unfallversicherungsrecht auch die Zustellung an die Partei zuläßt, immerhin ist dieser Fall nur als Ausnahme gedacht, während eine Anzahl Schiedsgerichte die Nichtachtung der Arbeitersekretariate und ihre Uebergehung bei Zustellungen prinzipiell betreiben.

Die Arbeitersekretariate haben durch ihre allseitig als nutzbringend anerkannte Tätigkeit ein Anrecht darauf gewonnen, daß ihnen keine unnötigen Hindernisse in den Weg gelegt werden. Das geschieht aber, und es scheint so, als ob sich die Arbeitersekretariate diese Praxis schon zu lange und unnötig haben gefallen lassen, denn in der Presse hat man davon noch nichts gehört. Derartige Dinge aber nur durch die Veröffentlichung in den Jahresberichten bekanntzugeben, ist nicht der richtige Weg, um sie zu bekämpfen, da die Berichte im Jahre nur einmal erscheinen und ihr Inhalt nur einem sehr beschränkten Kreise zugänglich wird. Solche Mißstände verdienen der weitesten Öffentlichkeit bekanntgegeben und gebührend geißelt zu werden, wenn sie verschwinden sollen.

Schluß.

Damit kommen wir zum Schluß. Wir haben nur einen kleinen Teil aus dem Material der von uns durchgesehenen 40 Berichte anführen können. Aber schon das Angeführte zeigt zur Genüge, wie viele Mängel der heutigen Unfallversicherung anhaften und wie wohlberechtigt die von der Arbeiterschaft erhobene Forderung nach einer baldigen und umfassenden Reform ist. Zugleich aber geht aus dem Mitgeteilten hervor, daß ohne ein weitgehendes Mitwirkungsrecht der Arbeiter bei der Rentenfestsetzung eine auch nur einigermaßen zufriedenstellende Besserung der Verhältnisse nicht erreicht werden kann. Die Berufsgenossenschaften wehren sich dagegen mit aller Entschiedenheit; sie wollen von ihrer Selbstherrlichkeit kein Tüpfelchen preisgeben. Das kann die Arbeiter nicht zum Nachgeben veranlassen. Im Gegenteil! Mit um so stärkerem Nachdruck ist von ihrer Seite darauf zu bestehen, daß ihnen, die im Produktionsprozeß Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen müssen, der für die Gestaltung ihrer Entschädigungsverhältnisse erforderliche Einfluß eingeräumt wird.

Hiernach bedarf es dafür wohl keines weiteren Beweises mehr, daß die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes sich zum Nachteil der Verletzten gewandelt hat und nicht mehr jenes Maß von sozialer Verständnis aufweist, wie man es noch unter dem Regime des Dr. Bödiker beobachten konnte. Besonders fällt auf, daß diese Wandlung eine ziemlich plötzliche ist; sie beginnt mit dem 1897 erfolgten Austritt des Dr. Bödiker aus dem Präsidium des Reichsversicherungsamtes. Nur kurze Zeit noch hielt man sich an die alte Tradition, dann ging Stück für Stück davon verloren, und heute zeigen die Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes keine Spur mehr davon.

9. Ärztliche Gutachten.

Die Schwierigkeit, für die Vertretung der Interessen der Verletzten ärztliche Gutachten zu erlangen, ist bei vielen Sekretariaten noch immer nicht überwunden. Es ist deshalb ein sehr ungleicher

Kampf, den die Verletzten gegen die Berufsgenossenschaften zu führen haben, wobei sie von vornherein den kürzeren ziehen müßten, wenn sie keine sachgemäße Unterstützung durch die Arbeitersekretariate fänden. Den Berufsgenossenschaften dagegen stehen Ärzte zur Genüge zur Verfügung.

Als ein sehr wesentlicher Mangel muß es bezeichnet werden, daß den Verletzten von den für die Rentenfestsetzungen und -Herabsetzungen maßgebenden ärztlichen Gutachten und sonstigen Unterlagen seitens der Berufsgenossenschaften keine Kenntnis gegeben wird, obwohl dies nach dem Gesetz geschehen soll. Auch viele Schiedsgerichte halten es nicht für notwendig, die im Verfahren abgegebenen Gutachten den Verletzten zugänglich zu machen, so daß der Verletzte gar nicht in der Lage ist, seine Berufung entsprechend zu begründen und die gegnerischen Behauptungen genügend zu widerlegen. Dadurch wird die Einlegung der Berufung zu einer

Weihnachtsabend im Waisenhaus.

Von G. Riem.

Die Dämmerung huschte über die weiten Korridore des Waisenhauses in S. Durch die zahllosen Fenster sah man hinaus auf den tiefverschneiten Park, der sich weiß und feierlich vor dem Mitteltrakt des ungeheuren Gebäudes ausdehnte bis zu der großen eisernen Pforte, die die Anstalt von der Außenwelt abschloß.

Am dem einen Fenster standen zwei Jungen in nahezu gleichem Alter und starrten traurig hinaus in den Park. Ihre Mäcke schweiften schneefüchtig hinüber nach der mäßig belebten Straße, auf der die Leute bei der strengen Kälte hastig dahineilten.

„Du!“ sagte der eine der beiden Jungen zu dem andern, der, lang und schlüchsig, mit blassen, hageren Wangen, das gerade Gegenstück war zu dem kurzen und dicken Jungen mit den runden Pausbacken. „Ob meine Tante mich zum Besuch einladen wird zu Weihnachten!“

„Sicher wird sie das!“ meinte der andere mit zuckenden Lippen. „Ich habe aber keine Tante — niemand!“

Im Waisenhaus bestand die Einrichtung, daß die Verwandten, wenn die Kinder solche hatten, zu den sogenannten hohen Feiertagen die Kinder einladen konnten, sie zu besuchen. Die armen Kinder in den Mauern der Anstalt bekamen dann wieder einmal die Außenwelt zu sehen und freuten sich gewaltig darauf.

Am sogenannten heiligen Abend, am Abend vor dem jeweiligen Feste, erschien der Direktor bei dem Abendessen mit einer Liste und las die Glücklichen vor, die eine Einladung erhalten hatten.

Es war jedesmal ein spannender Moment für die kleinen Elternlosen, wenn ihr Name genannt wurde, und schon wochenlang vorher wurde die inhaltschwere Schicksalsfrage erörtert unter den Anaben: „Werde ich eingeladen oder nicht?“

Die beiden großen Speisensäle, in denen sonst die Kinder ihre Mahlzeiten an langen Tischen einzunehmen pflegten, waren schon seit einigen Wochen verschlossen und die Schlüssellocher mit Lappen verhängt. Allerlei geheimnisvolle verdeckte Körbe, wurden da hineingeschafft. Es war Weihnachten vor der Tür!

Unsere beiden kleinen Helden hielten sich in der Nähe des Saales auf, um vielleicht einmal einen Blick in die Säle werfen zu können, wenn die Tür aufging.

Ihnen war das alles neu, denn sie hatten noch Weihnachten vorher bei ihren Eltern gelebt, nichtsahnend die doch nun einmal von jedem Kinderherzen erlebten Glückseligkeiten durchlebt.

Jetzt waren sie schon mehrere Monate zwischen all den Hunderten von Anaben. Fremd und kalt kam ihnen die neue Welt, in die sie das grausame Schicksal hineingeworfen, vor und sie, die Nachbarn gewesen und fast zur gleichen Zeit von dem schmerzlichen Schicksal der Elternlosigkeit betroffen waren, schlossen sich eng aneinander, wie ein paar verächtliche und versperrende Wesen es tun. Sie konnten sich nicht gewöhnen an das militärisch-bureaucratische System, und wenn auch in dem Proletariatsheim ihrer Eltern Schmalhans oft kühnere Meister gewesen war, so konnte doch die regelmäßige und zweifelslos ausreichende Kost nicht das gewisse Etwas ersetzen, das man „zu Hause“ nennt.

Der kleine dicke Junge, Karl, meinte: „Du, meine Tante ist 'ne feine Dame. Sie hatte immer ein seidenes Kleid an, wenn sie zu uns kam! O, die ist reich! Was die mir alles schenken wird! Ich freue mich tüchtig!“

„Ich muß wohl hiebleiben. Ich hab' keine Verwandten!“ meinte Bernhard, der magere Junge, resigniert. „Du, jetzt kommen sie!“ rief er mit einem Male lebhafter.

Ihre Köpfe flogen herum wie auf Kommando. Wichtig, jetzt ging die Tür auf und eine Fülle von Licht strömte heraus. Sie erblickten einen Blick und sahen eine Menge weißgebedete Tische, auf denen allerlei ausgebreitet lag.

Ein langgezogenes Axl entrang sich ihren Lippen.

„Jungs, wollt ihr wohl machen, daß ihr hier wegkommt?“

„Wohin?“

würde er seinen Weg durchs Leben suchen müssen — wie all die anderen Kinder, die frühlich und noch mit dem Glanz der Lichter des Weihnachtsbaumes in den Augen vergnüglich schmauften und mit Sehnsucht an ihr soeben verlassenes Spielzeug dachten. . . .

Karl wisperte die Tränen ab, denn Weinen war verpönt und brachte nur den Spott der zahllosen Kameraden. Sie weinten alle nur die erste Zeit — aber später nie mehr. Die Kinder würden hart — und auch Karl. — Es war ein gewisses Etwas zersprungen bei ihm am ersten Weihnachtsabend im Waisenhaus!

Noch lange standen die beiden Anaben am Fenster und starrten hinaus. Krächzend zog eine Schar Krähen über den Park, auf den der Mond sein silbernes Licht goß, daß die Eisförmchen wie tausend Kristalle funkelten. Es war der erste elternlose Weihnachtsabend!

Soziales.

Die Invalidenversicherung im Jahre 1907. Dem Reichstage sind zugegangen die Nachweise über die 31 Invalidenversicherungsanstalten und 10 zugelassenen Kasseneinrichtungen, die im Jahre 1907 auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes bestanden. Unter letzteren befindet sich auch die am 1. Januar 1907 ins Leben getretene Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherungskasse der Secularen Genossenschaft. Diese 41 Versicherungsträger besaßen am Jahresschlusse insgesamt 309 Vorstandsmitglieder, 44 Hilfsarbeiter der Vorstände, 616 Ausschußmitglieder, 396 Kontrollbeamte, 3 Rentstellen, 124 Schiedsgerichte, 2498 besondere Marktvorfassstellen und etwa 7400 mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen.

In Wochenbeiträgen wurden bei den 31 Invalidenversicherungsanstalten rund 656 Millionen Stück verwendet, die einen Erlös von 163 457 590 Mk. ergaben. Hiervon entfielen auf polnische Arbeiter russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit rund 6,1 Millionen Beiträge im Werte von 520 375 Mk. Bei den Kasseneinrichtungen betrug die Einnahme aus Beiträgen 15 185 586 Mk.

Bei der Abrechnung für das Jahr 1907 wurden 134 490 Renten als im Jahre 1907 zugegangen behandelt, nämlich 112 184 Invalidenrenten, 11 537 Krankenrenten und 10 769 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 166,04 Mk., 166,24 Mk. und 161,64 Mk.

Beitragsleistungen wurden im Jahre 1907 festgesetzt bei 152 478 Heiratsfällen, 618 Unfällen und 35 463 Todesfällen, wobei sich der durchschnittliche Betrag auf 38,44 Mk., 82,76 Mk. und 85,44 Mk. stellte.

Auf diese reichsgesetzlichen Entschädigungen wurden zu Lasten der 41 Versicherungsträger, also ohne Anteil des Reiches, im Rechnungsjahre 1907 166 827 544 Mk. gezahlt, und zwar an Renten 97 972 908 Mk., an Beitragsleistungen 8 854 636 Mk. Die hinzutretende Leistung des Reiches belief sich auf 49 620 664 Mk.

Für das Heilwesen wurden 15 186 286 Mk. aufgewendet; hierbei sind die von Krankenkassen, von Trägern der Unfallversicherung und von anderer Seite gezahlten Kostenzuschüsse in Höhe von 3 835 362 Mk. bereits in Abzug gebracht. Der obige Betrag umfaßt u. a. die Unterstützung an Angehörige der in Heilbehandlung genommenen Versicherten in Höhe von 1 271 466 Mk. Darüber hinaus wurden aber auf Grund des § 45 des Gesetzes noch weitere 812 836 Mk. gewährt.

Die gesamten Ausgaben für Invalidenhauspflege beliefen sich auf 653 937 Mk. Hiervon wurden durch Einbehaltung der Renten der Pflinglinge 177 250 Mk. erstattet, und durch Zuschüsse von anderer Seite 82 708 Mk. ersetzt, so daß den Versicherungsträgern aus der Anwendung des § 25 des Invalidenversicherungsgesetzes eine Reineinnahme von 443 983 Mk. erwuchs.

An Verwaltungskosten überhaupt wurden 16 900 600 Mk. ausgegeben, was auf 1000 Mk. der Einnahme aus Beiträgen eine Ausgabe von 95 Mk., auf 1000 Mk. der gesamten Ausgaben eine solche von 120 Mk. bedeutet.

Insgesamt haben sich im Jahre 1907 die Einnahmen auf 226 171 349 Mk., die Ausgaben auf 140 629 331 Mk. beziffert, so daß sich ein Vermögenszuwachs von 85 542 018 Mk. ergibt.

Am Schlusse des Jahres 1907 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die reichsgesetzliche Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kasseneinrichtungen auf 1 404 067 649 Mk., wozu noch der Buchwert der Inventarien mit 5 746 037 Mk. tritt.

Zum Arbeiterinnen-schutz. Unsere Unternehmer sind ganz aus dem Häuschen und scheinen ob des vom Reichstage beschlossenen bischen Arbeiterinnenschutz einem Tobsuchtsanfall ziemlich nahe zu sein. Dem Telegramm an den Präsidenten des Reichstages (siehe Nr. 50 unter „Soz.“) folgt nun ein Appell an den Bundesrat, in dem es unter anderem heißt:

„Im Interesse der durch den übereilten Reichstagsbeschluss schwer bedrohten deutschen Textilindustrie wollen wir hoffen, daß der Bundesrat den vom Reichstag beliebten neuen Gesetzesbestimmungen über die Frauenarbeit seine Zustimmung versagt.“

Wenn die Regierung glaubt, noch etwas an Kredit zu verlieren zu haben, dann braucht sie nur zuzulassen, daß der Bundesrat die Wünsche der Schanzmacher erfüllt.

Gerichtliches.

Wegen Vergehens gegen den § 153 G.-O. ist vom Landgericht Chemnitz der Stoffdrucker Josef Cerny aus Penig zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden; vom Schöffengericht in Penig war er freigesprochen worden. Auf Berufung des Staatsanwalts wurde aber dieses freisprechende Urteil aufgehoben und das oben erwähnte gefällt. Aus der Begründung des Urteils geht hervor, daß C. bei dem Streik der Stoffdrucker einen Arbeiter genötigt habe, an dem Streik teilzunehmen oder abzureisen, obwohl er ihm nach Zureden, an dem Streik teilzunehmen oder abzureisen, erklärt habe: „Machen Sie, wie Sie wollen, wir treiben Sie nicht hinaus.“ Er habe aber hinzugefügt: „Wenn Sie arbeiten, werden es Ihnen die anderen zeigen, vielleicht auch nach dem Streik.“ Weiter habe er geäußert, er kenne ihn und seinen Vater; wenn er arbeite, würden sie ihn in die Zeitung geben und sein Vater würde dadurch in Schmach kommen, und er würde in Deisterreich (woher er gekommen) keine Arbeit mehr bekommen. Der Betreffende ist dann am Abend in die Versammlung der Streikenden gegangen (freilich auf Einladung Cernys), hat dann Meißel genommen und ist am anderen Tage abgereist, ohne seinem Kostwirt, dem er noch Kostgeld schuldete, bei dem sich noch seine Habgierigkeiten befanden, Abzug zu sagen. Obwohl das Gericht zugab, daß der angeblich Bedrohte die angeblichen Drohungen irrtümlicherweise nicht als Drohungen aufgefaßt hat, kam es doch zur Verurteilung des „Bedrohers“. Das scheint uns auch auf einem Irrtum zu beruhen, denn eine Drohung kann doch nicht allein subjektiv sein, sondern muß auch — unserer unmaßgeblichen Ansicht nach — ein objektives Merkmal tragen; wir meinen, wenn sich ein angeblich Bedrohter nicht bedroht fühlt, liegt auch keine Drohung vor. Doch das Gericht mag das besser wissen als wir, die wir nur mit Laienverstand solche Sachen beurteilen können.

Wegen Sonntagsentheiligung ist Kollege Liebig in Friedland i. Schl. vom dortigen Schöffengericht zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte einen 10 Zentimeter breiten und 5 1/2 Zentimeter hohen Zettel folgenden Inhalts „verbreitet“: „Wer die Arbeiter im Kampf um die Eringung eines Lokals nicht schädigen will, meidet Leders Gasthaus.“ Das Ding war also nicht größer als ein Straßenbahnfahrtschein, also sehr unauffällig. Wenn seine Verbreitung auch so unauffällig geschah — und das glauben wir annehmen zu dürfen — so ist nicht recht zu ersehen, wie darin eine Sonntagsentheiligung erblickt werden konnte.

Aus Handel und Industrie.

Der Baumwollkonsum. Die „New Yorker Handelszeitung“ schreibt: Ueber Angebot und Verbrauch von Baumwolle in dem mit August er. beendeten Jahr liegt ein Bericht des Zensusamtes vor, demzufolge in jenem Jahr hierzulande um 1 667 013 Ballen oder 11 Proz. weniger Baumwolle zur Verfügung standen, als in dem Jahre zuvor. In 1908 waren es nämlich 13 388 707 Ballen, gegen 15 025 720 im Vorjahr. Von diesem Angebot wurden im letzten Baumwolljahr 4 549 300 Ballen oder 34 Proz. des Total im Inland verbraucht. 7 573 349 Ballen oder 57 Proz. wurden exportiert, und 1 236 058 Ballen oder 9 Proz. waren zum Schluß des Jahres noch vorhanden. Dagegen wurden in 1907 5 007 888 Ballen oder 33 Prozent des Total hierzulande verbraucht, 8 503 265 Ballen oder 57 Proz. exportiert, und es verblieben 1 514 567 Ballen oder 10 Prozent zum Schluß des Jahres. Von den im Lande vorhandenen 27 964 387 Spindeln waren im letzten Jahre 27 505 402 mit der Verarbeitung von Baumwolle beschäftigt, welsch letztere Ziffer gegen das Vorjahr um 4 Proz. größer war. Die Spindelzahl verteilt sich mit 34 Proz. auf Massachusetts, 13 Proz. auf Südkarolina, 11 Proz. auf Nordkarolina, während Rhode Island an vierter Stelle rangiert. Die Verbrauchsfiguren beziehen sich nicht allein auf Garnspinnereien, sondern auch auf Baumwoll-, Wolle-, Wirkwaren- und solche Fabriken, welche Baumwolle zur Herstellung von Matratzen, Matte, Filz usw. gebrauchen. Die letztjährige Konsumziffer von 4 539 300 Ballen bleibt um 445 846 hinter der des Vorjahres zurück. Die letztere Ziffer schließt 111 571 Ballen ausländischer Baumwolle ein, und davon sind 5485 Ballen in den Baumwoll- und 106 086 in allen anderen Staaten verbraucht worden. Es entstammten davon 92 815 Ballen Ägypten, 12 061 Peru und 6405 Indien. An sogenannter Seaisland-Baumwolle sind im letzten Jahr 44 147 Ballen, nur etwa halb soviel wie im Jahr vorher, konsumiert worden. Exportiert wurden von solcher Baumwolle 25 586 Ballen, 70 Proz. davon nach England und 28 Proz. nach Frankreich. Der letztjährige Total-export von 7 573 349 Ballen war um 929 916 Ballen kleiner als im Vorjahr. An fabrizierter Baumwolle bewerkte sich die Ausfuhr nur auf 25 177 758 Dollar, und war dieselbe damit nur halb so groß, wie in dem Baumwolljahr 1906, in welchem noch Baumwollwaren im Wert von 52 944 033 Dollar exportiert wurden. Nach China wurden im letzten Jahr nur noch für 3 443 248 Dollar Baumwollgewebe geliefert, gegen 29 814 075 Dollar; ein Beweis für die Notwendigkeit großer Absatzmärkte im Ausland für amerikanische Baumwollfabrikate. Die Weltproduktion von Baumwolle für Fabrikationszwecke betrug in den mit August er. beendeten 12 Monaten, laut Angabe des Zensusbureaus, 18 855 000 Ballen und hat damit den des Vorjahres um 2 340 000 Ballen übertraffen. Die Zahl der Spindeln in aller Welt schätzt das Bureau für 1908 auf 130 054 408, und hat in den letzten acht Jahren die Zahl der Spindeln um 23 Prozent und der Baumwollkonsum um 24 Proz. zugenommen. Sollte in 1909 der Verbrauch von Baumwolle dem des letzten Jahres gleichkommen, so müssen die Vereinigten Staaten diesmal mindestens 12 500 000 Ballen anzubieten haben, sollen die Reservebestände nicht weitere Abnahme erfahren. Sofern dagegen der Konsum den normalen Umfang von 20 000 000 Ballen erreicht, so würde man erwarten dürfen, daß die Vereinigten Staaten dazu 13 000 000 Ballen beitragen.

Mißstände im Textilgewerbe.

In Augsburg, in der Nähfadefabrik G e m m e r t, werden verheiratete Arbeiter oft wie Rubeen zusammengeschimpft. Der Behandlung konform ist der Lohn. In einem anderen Betriebe, Spinnerei S e u k e l b a c h, ist es fast noch schlimmer. Wie in allen hiesigen Spinnereien herrscht auch hier eine große Ankreiberi. Die Arbeiter sind über Gebühr angeknüpelt. Statt aber diese „Kreiber“ anzuerkennen, werden die Arbeiter recht bagatelmäßig behandelt und obendrein noch mit schweren Strafabzügen bedacht. Die Arbeiterinnen bekommen dies am meisten zu fühlen. Ihre Verwendung ist auch nicht immer einwandfrei. Da werden oft schwangere Frauen an eine Arbeit gestellt, bei der sie sich den ganzen Tag zu treten haben. Der Dritte im Bunde ist die Weberei am F i c h t e l b a c h. Hier soll aus schlechtem Material gute Ware geliefert werden. Wo das nicht gelingt, steht es nicht geringe Strafen. Die Arbeiter versehen hier größtenteils vier Stühle. Aber heute verdienen sie infolge schlechten Materials weniger als sonst auf drei Stühlen. Schuh und Zettel (Kette) ist schlecht. Besonders liegt dies an der Schlichterei. Alle diese Mißstände können nur das Interesse für die Organisation erhöhen. So glauben wir wenigstens.

Berichte aus Fachreisen.

Einbeck. Nach den Neuwahlen zum Vorstande besaßte sich unsere Generalversammlung mit einem Bericht über zwei Betriebsversammlungen der Velagschaft der Firma Salzmann u. Co. über in dem Betriebe herrschende Zustände. Als Erwiderung auf jene Versammlungen erschienen in bürgerlichen Zeitungen Rechtfertigungen der Firma und zwei Personen wurden am Sonnabend, den 13. Dezember gefündigt. Dagegen ist Einspruch beim Schiedsgericht erfolgt.

Friedland. (Bez. Breslau.) Am Donnerstag, den 10. Dezember tagte in dem vom Gewerkschaftsartell gemieteten Lokal die Generalversammlung unserer Filiale. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildeten die Neuwahlen der gesamten Ortsverwaltung. Kollege Emil L i e b i g wurde fast einstimmig wieder zum Vorsitzenden gewählt und auch das Amt des Kassierers wurde ihm wieder mit übertragen. Auch bei Besetzung der übrigen Posten sind nur geringe Veränderungen eingetreten. Der zweite Vorsitz wurde einer Kollegin übertragen. Am 9. Januar findet im „Schleifischen Hof“ das Stiftungsfest der Filiale, bestehend in Theater-, Gesangs- und humoristischen Vorträgen und Ball, statt. Zutritt haben nur Mitglieder mit ihren Angehörigen und besonders geladene Gäste. Ein Mitglied des neugewählten Arbeiterausschusses in der Seidenweberei berichtete sodann über die letzten Vorgänge in diesem Betriebe, besonders über Änderungen der Arbeitsordnung. Der Ausschuss konnte bewirken, daß eine Bestimmung, nach welcher sogar Meister schon Strafen anordnen können, entfernt wurde. Ferner ist jetzt auch durch die Arbeitsordnung die zehnjährige Arbeitszeit festgelegt, was, obwohl seit der letzten Lohnbewegung bisher bloß 10 Stunden gearbeitet wurde, immer noch nicht der Fall war. Ueberstunden dürfen nur in besonderen Fällen anordnet werden. Bis zu 14 Tagen im Jahre werden dieselben nicht besonders entschädigt. Machen sich aber für längere Zeit solche notwendig, dann wird für die überfallende Zeit 40 Proz. Zufußlag gezahlt. Verschiedene waren der Ansicht, daß der Ausschuss auf Leistungen von Ueberzeit ohne Zuschlag überhaupt nicht hätte eingehen sollen. Die in Frage kommenden Ausschußmitglieder begründeten aber ihre Zustimmung zu diesen Bestimmungen damit, daß sich im gegenwärtigen Moment eben nicht mehr erreichen ließe. Man ließ es dann dabei bewenden.

Friedland. (Bez. Breslau.) Die Firma Salzmann u. Co., die in Kassel, Melsungen, wie auch jetzt in Dederau einen Betrieb unterhält, stellt den hiesigen Betrieb mit Jahresschluß ein; sämtlichen Arbeitern (zirca 150) ist gekündigt worden. Wenn die Firma glaubt, die Gefündigten würden im Dederauer Betrieb Arbeit annehmen, dürfte sie sich getäuscht haben. Der Schließler läßt sich nicht so leicht von seiner Scholle trennen. Warum läßt man denn den hiesigen Betrieb nicht bis zum 1. Juli nächsten Jahres geben, wo doch die Nacht bis zu diesem Zeitpunkt währt?

Großröhrsdorf. Etwas aus der mechanischen Gurt- und Gummihandweberei von D. G. Boden und Söhne in Großröhrsdorf. Im Frühjahr 1907 wurde den Arbeitern eine kleine Lohnhöhung gewährt, die man jetzt durch allerbhand Strafen wieder weit zu

machen zu suchen scheint. Als die Arbeiter 1907 10 Proz. Lohn-erhöhung forderten, wurde ihnen nach mehrmaligem Vorstellig-werden ein Prämiensystem aufgeschaltet, welches die Arbeiter, wollten sie es nicht auf das äußerste treiben, annehmen mußten. Den Cha-rakter dieses Entlohnungssystems näher darzulegen halten wir nicht für nötig, denn schon im November 1907 als die Krise herein-brach, wurde dieses System, welches immerhin hauptsächlich jüngeren Arbeitern bis zu 6 Proz. Prämie brachte, wieder rückgängig ge-macht. Seit dieser Zeit nun verkehrt fast keine Lohnzahlung, wo nicht verschleierte Kollegen, bei welchen es die Firma glaubt an-bringen zu können, klagen, daß ihnen da und da wegen diesem und jenem Fehler Strafe abgezogen worden ist. Auf das Afford-eingehen, welches man den Arbeitern in der Krise aufgebürdet hat, bezahlt man die Prozentige Lohnhöhung überhaupt nicht. Ein Tagearbeiter der Firma hatte vorborige Woche auf dem Bahnhof Kohlen zu verladen. Zwei Kutscher hatten die Abfuhr zu besorgen. Mittags wird selbigen dreien die Arbeit übertragen. Da die Lohrh nicht zu öffnen ging und die Brickets sich nicht schaufeln lassen, wenn kein dazu geeigneter Grund da ist, war der Arbeiter gezwungen, die ersten zirka 50 Zentner mit den Händen in den Wagen zu befördern. Bei dieser mühsamen zeitraubenden Arbeit war natürlich der Abend zu früh hereingebrochen, und die Kutscher, weil selbige keine Ueberstunden bezahlt erhalten, machten Feier-abend. Der Tagearbeiter war natürlich gezwungen, das gleiche zu tun, trotzdem er lieber die Lohrh frei gemacht hätte. Dadurch nun waren der Firma 2 Mk. Standgeld erwachsen. Am letzten Lohnstage wurden die zwei Kutscher und der Tagearbeiter mit je 60 Pf. Strafe belegt. Möge die Zukunft bald eine bessere Kon-junktur bringen!

Grüna. In der Generalversammlung der hiesigen Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes am 6. Dezember, die in Schön-stein's Restaurant stattfand, wurde nach der Neuwahl des Gesamt-vorstandes beschlossen, Anfang nächsten Jahres ein Langzergnügen in Helbig's Gasthaus abzuhalten. Das weitere wurde einer Kom-mission übergeben. Sodann gab der Vorsitzende der Lohnkommission, Kollege Otto Rudolph, seinen Bericht. Dieran schloß sich eine längere Debatte. Eine Karte von den Kollegen aus dem Nieder-lande (Callenberg, Grumbach usw.) wurde zur Verlesung gebracht, in der die Kollegen von dort erfragen, in der Lohnfrage mit den Kollegen aus dem Oberland (Grüna, Reichenbrand usw.) in Zu-kunft wieder zusammenzugehen. Das Anerbieten wird gern an-genommen. Die Kollegen aus dem Niederlande sollen erachtet werden, mindestens zwei Mann von dort zur Lohnkommission ab-zuordnen. Dem Vorsitzenden wurde für das laufende Jahr in Anbetracht der großen Opfer an Arbeitskraft eine angemessene Entschädigung gewährt, ferner beschlossen, ihn auch in Zukunft mit einem halben Pfennig pro Beitragsmarkte zu entschädigen. Zum Schluß wurde von dem Vorsitzenden zu reger Agitation für den Deutschen Textilarbeiterverband aufgefordert.

Hamburg-Varmbeek. Eigentümliche Zustände scheinen auf der Treibriemenfabrik von C. Scholz zu herrschen. Die dort gezahlten Löhne sind ungenügend. Verheiratete Arbeiter verdienen 18 bis 21 Mk. Ist in der Belegerei ein Fehler gemacht, was leicht passiert, und in der Falzerei wird derselbe entdeckt, so muß der Endbeder des Fehlers diesen dem Meister melden. Für diesen Liebesdienst erhält er 20 Pf. Prämie. Davon bezahlt der Unternehmer 10 Pf. und der, welcher den Fehler machte, auch 10 Pf. Mit welcher Liebe betrachtet dieser Gestraftete aber nun seinen Kollegen von der Falzerei! Die Arbeiter geben aber nicht nur, sie bekommen auch. Es wurden den Arbeitern je nach ihrer „Dienstzeit“ Prämien gezahlt von 20—3 Mk. Ob das Geld hierzu aus den Strafgeldern stammt, über deren Verwendung man jetzt sechs Jahren nichts weiß? Das ist nun alles ganz schön, wenn nur die obigen Mängel nicht wären. Sie zu beseitigen ist es notwendig, daß die Arbeiter jenes Betriebes sich anschließen dem Deutschen Textilarbeiterverband.

Hannover-Linden. In der am 6. Dezember abgehaltenen Ge-neralversammlung unserer Zahlstelle erhaltete Kollege Woj-zegeński den Jahresbericht. Infolge der Krise konnten nur wenige Angriffsbewegungen platzgreifen. In der Woll-wäscherei und -Kämmerei zu Döhren wurden 5 Proz. Lohnhöhung und eine viertelstündige Arbeitszeitverkürzung erreicht. In der Mechanischen Weberei zu Linden konnte für die im Stundenlohn Beschäftigten eine Lohnhöhung von 0,60 bis 1,20 Mk. pro Woche erzielt werden. Abwehrbewegungen haben wir in fast allen Betrieben erfolgreich durchgeführt. An Unterstützungen wurden gezahlt: Sterbeunterstützung 60 Mk., Reiseunterstützung 508,18 Mk., Streikunterstützung 677,54 Mk., Gemäßregelunterstützung 676,40 Mk., Krankenunterstützung 3854,60 Mk. Insgesamt 6776,63 Mk. Unsere Krankenliste bietet ein grauenvolles Bild: 472 Mitglieder waren 8517 Tage krank. Es zeigt sich, daß Erkran-kungen der Lunge und Atmungsorgane am häufigsten vorkamen. Waren doch 72 Lungenkranke mit 1423 Krankentagen zu verzeich-nen. An Nervenkranken, hauptsächlich Weber, hatten wir 48 mit 850 Tagen. Bei den Samtschneiderinnen kommen Erkrankungen der Unterleibsorgane häufig vor. Man kann diese Krankheitsart bei diesen Arbeiterinnen als Berufskrankheit bezeichnen. Ziemlich hohe Ziffern sind bei Magen- und Rheumatismuskranke zu ver-zeichnen. Anfälle waren 44 gemeldet. Entbindungen 63. Wenn man bedenkt, daß obige Ziffern nur unterstützungsberechtigte Mit-glieder umfassen, so kann man sich ein ungefähres Bild von dem Gesundheitszustand der Textilarbeiter im allgemeinen machen. Unjüngliche Produktionsmethoden, lange Arbeitszeit, färglicher Lohn, diese Faktoren wirken zusammen, das Leben der Arbeiter zu ver-fürzen. Eine Kulturaufgabe erfüllt die Organisation, wenn sie bestrebt ist, diese Zustände zu beseitigen. Möchten ihr alle Textil-arbeiter und -Arbeiterinnen dabei behilflich sein. — Die Vor-standswahlen und die Wahlen zum Kartell bildeten den Schluß der Versammlung.

Kirchberg. Lohnkürzungen sind hier in letzter Zeit besonders bei den Webern vorgenommen worden und mitunter recht erheb-liche, welche für einzelne Weber einen ganz beträchtlichen Lohn-ausfall bedeuten. Unter anderem wurde in einem Betriebe in Saupersdorf für einen Artikel per Stück 50 Pf. und in einer kleinen Weberei in Kirchberg per Stück 1,30 Mk. weniger ausgezahlt. Die Herren Arbeitgeber gehen dabei recht schlau zu Werke, sie redu-zieren nicht die Löhne für alle Waren, sondern sie suchen sich immer nur die Artikel heraus, wo die Arbeiter durch übermäßiges Schuften etwas mehr verdient haben. So werden nach und nach alle noch einigermaßen bezahlten Artikel reduziert und der Durchschnitts-lohn wird immer weiter heruntergedrückt. Die Unternehmer haben allerdings in diesen beiden Betrieben leichtes Spiel, sie wissen ja, daß sie es mit Leuten zu tun haben, welchen die Beiträge zur Organisation zu viel waren und derselben den Rücken kehrten oder eventuell gar bei den „Gelben“ ihr Licht leuchten lassen. Eine Maßnung sollten solche Vorstände für unsere Mitglieder sein, treu zur Organisation zu halten, denn nur durch einen festen Zu-sammenschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen können solche Fälle verhindert werden. Die den gelben Harmonieaposteln gefolgt sind, befehlen nun gleichfalls ihr Schaden.

Leisnig. Am 13. Dezember fand unsere diesjährige General-versammlung statt. Bedauerlicherweise hatte es eine große Anzahl Kollegen und Kolleginnen vorgezogen, durch Abwesenheit zu glänzen. Nach den Neuwahlen wurde beschlossen, unsere Mitglieder-versamm-lung jeden zweiten Freitag im Monat stattfinden zu lassen. Kol-legen und Kolleginnen, an Euch ist es, in Zukunft dem Vorstand durch recht zahlreichen Versammlungsbefuch und durch rege Anteilnahme an allen Verbandsangelegenheiten sein Amt wesentlich zu erleichtern. Auch für uns in Leisnig ist es sehr an-gebracht, verschiedene Mißstände in hiesigen Tuchfabriken zu be-seitigen; dies ist aber nur möglich durch Ausbau des Textilarbeiter-verbandes. Ein jeder sei Agitator!

Nürnberg. In der Generalversammlung wurden nach den abgelaufenen Wahlen vorgenommen. Sämtliche Unter-stützungen werden beim Kassierer Laudenbach, Schlotfeger-gasse 8 I, ausbezahlt. Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Anger, Sintere Insel, Schütt 9 I, zu richten.**

Rheydt. Unsere am 13. Dezember abgehaltene Jahres-Gener-alversammlung war ziemlich gut besucht. Einem Kollegen wurde auf seinen Antrag die Gemäßregelunterstützung nach längerer, manchmal heftiger Debatte zuerkannt. Der Geschäftsführer gab einen detaillierten Bericht über den Stand der Filiale und über die Arbeiten des Vorstandes im Berichtsjahr. Er tabelte, daß manchmal die eigenen Mitglieder der Agitation Hindernisse in den Weg legten, ob mit Absicht oder aus Unwissenheit, möge dahin-gestellt bleiben. Ferner kame der Lokalmangel manchmal als hinderlich in Betracht. Lohnbewegungen haben im Be-richtsjahre keine stattgefunden, wenn man nicht einige kleinere un-bedeutende Scharmügel als solche bezeichnen will. Von größerer Bedeutung war die Frage der Einführung des Doppelstuhls, die in den letzten Monaten im Vordergrund des Interesses stand, und bei der Leitung des christl. Bezirksverbandes eine für sie unangenehme Rolle spielte. Die Kassierenverhältnisse haben sich gegen das Vorjahr gebessert. An Krankenunterstützung sind im Berichtsjahr 97, an Gemäßregelunterstützung 641 Mk. ausbezahlt worden. Das Bureau wurde als Auskunftsstelle viel in Anspruch genommen. Manche Kol-legen, denen Schriftsätze angefertigt wurden, hielten es nicht ein-mal für nötig, dem Geschäftsführer über das Ergebnis der an-gefertigten Sachen Antwort zu erstatten. Die Agitation wurde sehr eifrig betrieben. Der Vorstand klagt aber, daß er bei ihr von den Mitgliedern nicht genügend unterstützt wurde. Unsere Mitgliederzahl hat sich so leidlich auf der Höhe gehalten; ein Verlust von 30—40 käme bei dem Tiefstand der Konjunktur mit der gleichzeitigen Beitragserhöhung nicht viel in Betracht. Solche Sparfamkeit und Unkenntnis unserer Bestrebungen sind die Ursachen der Austritte. Bei der Vorstandswahl wurden sämtliche Posten glatt besetzt. Es folgte der Kartellbericht vom letzten Quartal, dem sich die Wahl von fünf Kartellbelegierten an-schloß. An jeden Bericht schloß sich eine sachliche Diskussion, die manches Brauchbare zutage förderte. Zum Schluß wurden noch einige innere belanglose Angelegenheiten erledigt. Der neue Vor-stand stellt von dieser Stelle aus an sämtliche Mitglieder die drin-gende Forderung, ihn in Zukunft in seinen Arbeiten kräftig zu unterstützen.

Niedlich. Am 4. Dezember fand unsere Monatsversammlung im „Schweizerhaus“ statt. Nach den Wahlen zum Vorstande und zum Kartell ging der Vorsitzende mit denjenigen, welche immer noch nicht den Nutzen der Organisation einsehen wollen, ins Gericht. Freilich waren sie nicht da, deshalb kommen wir hier noch einmal darauf zurück, hoffend, daß alle, die es angeht, dadurch an-geregt, einmal ernstlich mit sich zu Räte gehen und ihre unzu-rechtfertigten Ansichten bald revidieren werden. In einer Zeit des vollendetsten Ausbaues der Unternehmerorganisation kann die Ar-beiterschaft der Organisation nicht entraten, wenn sie nicht wirt-schaftlich auf den niedrigsten Tiefstand herabgedrückt werden will.

Seulenroth. Am Sonntag, den 13. Dezember, fand unsere Generalversammlung statt. Man sollte meinen, daß beim Ab-schluß eines Jahres, wenn ein Rückblick gehalten wird auf die Tätigkeit der Verbandsfunktionäre wie auf die Erfolge und Miß-erfolge der Agitation geworfen wird, müßten sich die Kollegen, die sich das ganze Jahr um nichts kümmern, wenigstens das eine Mal im Jahre im Verbandsrat umsehen. Aber weit gefehlt. Von zirka 200 Mitgliedern lassen sich einige zwanzig Mann sehen. Firmwahr ein trauriges Zeugnis. Nach dem vom Vorsitzenden er-statteten Jahresbericht wurden die Vorstandswahlen vorgenommen. Alle vier Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Revisoren wurden die Kollegen Hampel, Graubaum und Hochmuth. Ebenso wurden vier Kollegen ins Kartell gewählt, darunter Frau Ritsche. Auch die Unterkassierer wurden beibehalten. Nach diesen Wahlen gab Frau Ritsche Bericht von einer Konferenz in Gera. Unter Verchiedenem wurde einem alten invaliden Kollegen und Genossen 20 Mk. bewilligt. Angeregt wurde ferner, für die Weber der Firma **Stompe** eine Fabrikbesprechung abzuhalten. Die Kollegen und Kolleginnen werden nochmals erjucht, mehr wie bisher sich um die **Bewegung am Ort** zu kümmern und die **Versammlungen** zahl-reicher zu besuchen. Wir sind am Ort die zweitstärkste Organisa-tion und haben die schlechtest besuchten Versammlungen. Also, Kollegen, schafft Remedeur!

Briefkasten.

Ede, Hemelingen. Das Gesetz ist auf solche Einzelfälle nicht zugeschnitten, sondern allgemein gehalten. Es heißt im § 120a G.-O., daß alle Vorrichtungen herzustellen sind, welche zum Schutze der Arbeiter gegen gefährliche Berührungen mit Maschinen oder Maschinenteilen usw. erforderlich sind. Die Unfall-Verursachungs-sachen erlassen daraufhin in ihrem eigenen Interesse besondere Verhaltensvorschriften. Ob nun die in Frage kommende Berufs-genossenschaft das Abfeigen der Transmmissionen oder sonstiger Ma-schinenteile während des Ganges derselben verboten hat, wissen wir nicht. Aber auch die zuständigen Polizeibehörden sind befugt (§ 120d), im Wege der Verfügung für einzelne Anlagen die Aus-führung derjenigen Maßnahmen anzuordnen, welche zur Durch-führung der in §§ 120a bis 120e G.-O. enthaltenen Grundsätze er-forderlich und nach der Beschaffenheit der Anlage ausführbar er-scheinen. Ob nun die Hemelinger Polizeibehörde das Abfeigen der Transmmissionen und anderer Maschinenteile während des Ganges derselben verboten hat, wissen wir nicht. Falls es nicht geschehen wäre, könnte es bei ihr von Interessenten beantragt werden, wobei ja zur Begründung der beim Abfeigen entstehende Staub angeführt werden könnte.

G. K., Leobshüh. Die einmalige Meldung für den Versamm-lungskalender genügt.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweiseugsabschnitt anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Das-selbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmte muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Ueber 20 Gramm schwere Inland-briefe müssen mit 20 Pf. frankiert werden.

Bei der Ersahwahl zum Vorstand wurde Frau Born gewählt.

Preßkommission.

Die Preßkommission wurde durch Ernst Arfand ergänzt.

Der Zentralvorstand.

Ortsverwaltungen.

Laahen. Der Kollege Max Sah n, Wandwirker aus Barmen, Buchnummer 216 616, desgleichen der Weber Gustav Stein aus Ludenwalde, werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflich-tungen, die sie an die Filiale Laahen haben, nachzukommen. Orts-verwaltungen, die den Aufenthalt der beiden kennen, werden ge-beten, uns hiervon Kenntnis zu geben.

Berlin. Vorsitzender: Max Gruhl; Kassierer: Otto Schein, Bureau: Andreasstr. 17.

Blumenau i. Schl. Reiseunterstützung wird von jetzt an bei dem Kassierer nur abends von 7—8 Uhr ausgezahlt.

Burgstädt und Umgebung. Die Geschäftsstelle befindet sich bis auf weiteres Ludwig Böttgerstr. 15 I. — Die Auszahlung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung erfolgt nur Sonnabends vormittags von 9—12 Uhr. Die Geschäftszeit ist vormittags von 9—1 Uhr und nachmittags von 1/4—1/2 Uhr, an den Tagen vor Sonn- und Festtagen vormittags von 9 Uhr bis 4 Uhr nach-mittags. Arbeitslose haben sich täglich von 9—11 Uhr zur Kontrolle zu melden.

Suldbreich Fischerpe, Geschäftsführer.

Dülken. Vorsitzender: Heinrich Welters, Arnoldstr. 2. Kassierer: Josef Verten, Südtelner Straße 80. Krankengeld beim Kassierer. Verkehrslokal: Eg. Wollen, Bahnhofstraße.

Sagen. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei dem Kollegen G. Süße, Kurzeitr. 3, geöffnet abends von 7—8 Uhr.

Sagan i. Schl. Vorsitzender: Wilhelm Jeller, Halbaner-strasse 40 I; Kassierer: Wilh. Baumgart, Nizzaplatz 3 I I Krankenunterstützung Freitags und Sonnabends von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr. Arbeitslosenunterstützung Sonntags von 11—1 Uhr, Reiseunterstützung und Lokalgeld täglich nur von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr, eventuell auch abends von 7—8 Uhr. — Arbeitslose haben sich sofort bei Eintritt von Arbeitslosigkeit zu melden, um nicht eventuell auf die Tage, wo die Meldung nicht erfolgt, der Unterstützung verlustig zu gehen. Die Ortsverwaltung.

Stollberg. Lokalgeld wird an durchreisende Kollegen bis auf weiteres nicht mehr gezahlt. Die Verwaltung.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

- M.-Glabbach. Herm. Wegener, 27 Jahre alt.
- Mittweida. Am 12. Dezember Frieda Friedrich, Weberin, 24 Jahre alt — Herzschlag.
- Neugersdorf. Reinhold Gnaul, 37 Jahre alt — Schlag-anfall; Reinhold Gütler, 40 Jahre alt — Leber-leiden.
- Segefad. Am 15. Dezember Georg Ahrens, 53 Jahre alt — Schlaganfall.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

- Berlin.** Zentralzahlstelle: Jeden Donnerstag, abends von 7 bis 10 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreastr. 17: **Zahltag.**
- Berlin.** Bezirk Osten. Zahlstelle: Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Mittwoch, Stralauer Allee 20a: **Zahltag.**
- Berlin.** Zahlstelle: Rüdigerdörferstr. 18, bei Wittner.
- Berlin.** (Sektion der Rosamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—9 Uhr bei Vie, Alte Jakobstr. 119: **Zahltag.**
- Berlin.** (Sektion der Dekateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Vollmann, Alte Jakobstraße 68: **Zahltag.**
- Berlin.** (Sektion Weizeniec.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Leberstraße: **Zahltag.**
- Berlin.** (Sektion der Schiffchen- und Handsticker.) Jeden Sonn-abend, abends von 7 bis 9 Uhr, bei Mofler, Landsberger-strasse 115: **Zahltag.**
- Berlin.** (Sektion der Sticker.) Jeden Freitagabend von 8—10 Uhr bei Engel, Sendelstr. 30: **Zahltag.**
- Berlin.** (Für Moabit.) Zahlstelle: Gogkowskystr. 24, bei Reil.
- Berlin.** (Sektion Rixdorf.) Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Göppner, Zietenstr. 81: **Zahltag.**
- Cöln-Merheim.** Dienstag, 29. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, bei **Ardenwig, Heuser Straße.**
- Darmstadt.** Sonnabend, 2. Januar, bei A. Etling.
- Falle a. S.** Sonnabend, 2. Januar.
- Lahr.** Sonnabend, 2. Januar, abends 8 Uhr, im „Adler“.
- Leisnig.** Freitag, 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Heide (Neue Sorge).
- Leobshüh.** Sonnabend, 2. Januar, bei Hoffmann, Wotenstr. 37.
- Kohlhühle.** Jeden Sonntag nach dem 1. im Gasthaus zu Gogbach.
- Nächste Versammlung:** Sonntag, 3. Januar.
- Magdeburg.** Sonnabend, 2. Januar, abends 9 Uhr, im „Weißen Hirsch“, Neustadt, Friedrichplatz 2.
- Niederhainweide.** Jeden Sonnabend von nachmittags 5 Uhr an bei Otto Neumann, Grünauer Straße 5: **Zahltag.**
- Schmiltln.** Mittwoch, 30. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der „Sonne“.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

Mit dieser Nummer läuft der Versammlungskalender für dieses Jahr ab. Die Orte, welche nicht schon ihre Meldungen für das nächste Jahr bewirkt haben, wollen dies nun tun, wenn sie im Kalender weiter geführt werden wollen.

ANZEIGEN

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Filiale Weida.

Am ersten Weihnachtsfeiertag von abends 8 Uhr an im „Thüringer Hof“:

Großer Familienabend
wozu die werten Mitglieder nebst Angehörigen freundlichst einladet
Eintritt frei. Die Ortsverwaltung.

Ein dreifach dommerndes Hoch
und viel Glück in der Ehe dem Kollegen
Johann Drecher und seiner Braut
Die Mitglieder in Volkenhain.

Todesanzeige.
Am 7. d. M. verschied die Frau unseres Kassierers
Mag. Zucker.
Ehre ihrem Andenken!
Im Namen der Filiale **Leisnig.**

Beschwerden über Redaktion und Expedition sind an G. Wasewitz, Berlin O., Andreasstr. 61 II, zu richten.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Montag, den 23. Dezember.
Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die Redaktion: Paul Wagener. —
Druck: Bornwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. —
Sämtlich in Berlin.